

Sozialdemokrat

Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Redaktion und Verwaltung: Prag II., Havlíčkovo nám. 32. Einzelpreis 70 Heller. Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich 16.— Kč, Telephon 6796, nachts 6797. Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Prag. Vierteljährlich 48.— Kč, halbjährig 96.— Kč, ganzjährig 192.— Kč. Für Deutschland monatlich 120.— Mk. Erscheinung mit Ausnahme des Montag täglich früh. Postpostamt 5744.

Die Tschechoslowakei und Polen.

Der polnische Außenminister Skirmunt weist seit Donnerstag Mittag in den Mauern Prags, diese Feststellung wird gewiß in den heutigen tschechischen Tagesblättern mit der entsprechenden feierlichen Miene verkündigt und allerlei weiterschauende Betrachtungen an sie geknüpft werden. Ganz unbeträchtlich ist die Tatsache auch gewiß nicht, als die Habsburgermonarchie auseinanderfiel, tauschte das Lieb von der slawischen Bruderschaft nur wenige Wochen, wenn nicht Tage lang durch den polnisch-tschechischen Blätterwald.

Dann begann der realistische, landhungrige Imperialismus den schönen Traum von der Rassenidee unbarmherzig zu zerstören. Die Kohlenwerke Ostschlesiens haben einen greifbareren Wert als die schönen Augen der gemeinsamen Stammutter. Der Plebiszitrummel um Teschen begann und mit ihm ein anderthalbjähriger, zäher Krieg, mochten auch Kanonen und Maschinengewehre nur ein paar Stunden lang in Aktion sein. Was an Blut und roher Gewalt schloß, wurde durch das Gift der Gehässigkeit und Verleumdung doppelt und dreifach ersetzt; Quälereien in Handel und Wandel, terroristische Vergewaltigung der Andersgesinnten, Banden- und Ausweisungsunwesen wüteten im Ostrau-Karwiner Kohlenrevier und in den Freilicht-Teichwerke.

Die Entscheidung des Votischasterates vom Sommer 1920 brachte eine äußerliche, dem Genfer salomonischen Urteil verheißene ähnliche Lösung, nicht aber die Entspannung der Leidenschaften. Namentlich auf polnischer Seite glühte es unter der Oberfläche heiß und zornvoll weiter. Daß jenseits der Staatsgrenze Zehntausende von Stammesbrüdern leben, daß Kohle und Eisen Ostschlesiens den Polen verloren bleiben sollten, der Gedanke brannte alle Nationalisten wie eine schwärzende Wunde, „Tscheche“ und „Feind“ waren (und sind wohl noch) dem Polen an der schlesischen Grenze zwei synonyme Begriffe. Ja, an instinktiver Abneigung behaupten da wahrscheinlich die Tschechen vor den Deutschen sogar den Vorrang.

Es bedurfte eines Plasters auf das Geschwür, damit dieser beißen und Schmerz hervorrufen, und das brachte, von Beneš liebevoll gefördert, die Genfer Entscheidung. Durch sie wächst die auf der einen Seite verlorene Kohle auf der anderen zu, und da auch im „nationalen Ideal“ wirtschaftliche Erwägungen den Ausschlag geben, ist nun Polen zur Veröhnung mit der Tschechoslowakei reif, in diplomatischen Formen ausgedrückt: „Herr Skirmunt weist in den Mauern Prags! Als Opferlamm wird auf dem Altar der neuen Freundschaft vermutlich das arme Teschen geschlachtet. Das muß den Traum einer Wiedervereinigung für absehbare Zeit aufgeben. Die mit Deutschen genügend gesegnete Tschechei braucht den neuen Deutschenzuwachs aus Polnisch-Teschen nicht und Polen, mit Kohle und Eisen nunmehr über Bedarf gesättigt, reflektiert nicht mehr auf das Tschechisch-Teschner Gebiet. Also bleibt die Frage eine „entschiedene Sache“, über den Ruinen Teschens, bildlich gesprochen, feiern die feindlichen Brüder ihre Veröhnungsfeier.

Als Um und Auf dieser „Veröhnung“ ergibt sich kein Bündnis, so rasch geht die Sache bei den heißblütigen Brüdern nicht, vorläufig begnügt man sich mit einer „Atmosphäre der Entspannung“ und beschwört die „sozialdemokratischen Vertrauens“. Wie die „Vossische Zeitung“ wissen will und wie es

Prager Informationen bestätigen, soll sich dieses Vertrauen in einer strikten Neutralität, sobald einer der beiden Staaten mit einem dritten in Konflikt gerät, und in der Vereinbarung äußern, daß man sich im Falle eines Streites, statt zu den Waffen zu greifen, an ein Schiedsgericht wenden wolle. Innigere wirtschaftliche und Handelsbeziehungen sollen angeknüpft und dadurch wie der Export der Tschechoslowakei, so der Auslandskredit Polens gehoben werden.

Punkt zwei und drei des hier skizzierten Ausgleichsprogrammes können dem Frieden und der wirtschaftlichen Entwicklung gewiß dienen, aus der ersten Vereinbarung blüht der Pferdehauf ziemlich deutlich hervor: Strikte Neutralität gegen jeden Dritten bedeutet für die Tschechen den Gewinn, daß sie den Magyaren gegenüber, namentlich in der Slowakei, freie Hand bekommen und im Streitfall nicht ein magyarsch-polnisches Bündnis zu befürchten brauchen. Die Polen wieder fühlen sich in ihrer gegenreaktionären Rolle gegen die Volksewigkeit das Rückgrat gefestigt und endlich schließt sich durch den Neutralitätsbeschluss die allslawische Linie gegen die Deutschen. Im tiefsten verfolgt er also den Zweck, der natürlichen Entwicklung, wie sie Wirtschaft und Verkehrsgeographische Verbindungen als Zukunftslinie vorzeichnen, einen Riegel vorzuschieben. Der übernationale Wirtschaftsblock Mittel- und Osteuropa soll in seiner Entstehung gehindert, die soziale Welle aufgehalten werden, die mit den innigen Beziehungen zwischen Rußland, Deutschland und den Zwischenstaaten über Europa dahindraufen möchte. Mit dem Mantel des Friedens- und Entwicklungswillens bekleidet, schreitet also eigentlich die Reaktion in den Vereinbarungen zwischen Beneš und Skirmunt sieghaft einher.

Kein Mobilisierungskosten-Erfolg.

Die Tschechoslowakei und Jugoslawien leisten Verzicht.

Belgrad, 3. Nov. (Fig.) Um die Beilegung des Konfliktes mit Ungarn zu beschleunigen und einen neuen Beweis des Entgegenkommens gegenüber den Wünschen der Großen Entente zu geben, beschloß die Regierung im Einvernehmen mit Prag, die Frage des Ersatzes der Mobilisierungskosten aus dem Komplex der an Ungarn gemeinsam zu richtenden Forderungen auszuschalten. In hiesigen politischen Kreisen erwartet man, daß hierdurch auch das letzte Hindernis für eine rasche Klärung des Verhältnisses der Kleinen Entente zu Ungarn beseitigt erscheint und daß die Erfüllung der übrigen Forderungen bereits in wenigen Tagen erfolgen wird. Sobald dies geschehen sein wird, werden die getroffenen militärischen Maßnahmen sofort aufgehoben werden.

Bedingungen Ungarns.

Außer Entthronung Karls keine weiteren Forderungen der Kleinen Entente.

Budapest, 3. November. (M.A.Z.) Wie die Morgenblätter melden, richtete Graf Albert Apponyi in der gestrigen interparteilichen Konferenz an den Ministerpräsidenten die Anfrage, ob Garantien dafür beständen, daß nach Annahme der Vorlage über die Dethronisierung der Dynastie Habsburg die Forderungen ein Ende nehmen oder ob die Kleine Entente immer wieder neue Forderungen erheben werde. Ministerpräsident Graf Bethlen erwiderte, er habe, als er den Budapest-Vertretern der Großmächte die Beschlüsse der ungarischen Regierung zur Kenntnis brachte, daß der Wunsch nach Dethronisierung der Habsburger erfüllt werde, gleichzeitig betont, daß dies nur in der Annahme und unter der Bedingung geschehe, daß die ungarische Regierung von den Großmächten alle Garantien dafür erhalte, daß keine weiteren Forderungen von welcher Seite immer gestellt würden.

Die Antwort der jugoslawischen Regierung.

Belgrad, 2. Nov. Im heutigen Kronrat wurde die Antwort auf die letzte Note der Großen Entente festgesetzt. Sie erneuert die Forderung, daß die Entwaffnung Ungarns gemäß den Bestimmungen des Vertrages von Trianon in kürzester Zeit unter der Kontrolle der Großen und Kleinen Entente durchgeführt werde. Die militärischen Maßnahmen bleiben bis zur Durchführung der gestellten Forderungen in Kraft.

Was Lake Jonesku jetzt zu erzählen weiß. Bukarest, 3. November. (Tsch.-P.) In einer Unterredung mit einem Redakteur des „Adeverul“ erklärte Minister für Auswärtige Angelegenheiten Lake Jonesku, daß Magyaren ständig bestrebt ist, die Wiedererreichung der Habsburger als eine innere Angelegenheit, welche weder die Kleine noch die Große Entente betrifft, zu erklären. Im jetzigen Konflikt hat die Kleine Entente voll ihre Pflicht getan. Während der ganzen Zeit der Krise herrschte das völlige Einvernehmen zwischen Bukarest, Prag und Belgrad und wir waren in ständigen Kontakten mit unseren westlichen Verbündeten. Die Votischasterkonferenz hat uns Recht gegeben, daß die ganze Habsburgerfrage nur durch die Dethronisierungsentscheidung in Magyaren liquidiert werden kann. Die Dethronisierung wird in Bälde verwirklicht werden und dann wird die Kleine Entente demobilisieren können. Wenn Magyaren dieser Forderung nicht entsprechen sollte, was als unmöglich angesehen wird, wird die Kleine Entente im Einvernehmen mit den Alliierten weiter handeln. Aber Erfolg ist daher ein vollkommener. Die Abreise der Magyaren, wie sie der Friedensvertrag fordert, wird ohne Zögern durchgeführt werden.

Karl kommt auf Malta?

Berlin, 3. November. Das „Berliner Tageblatt“ berichtet aus Mailand: Der „Corriere della Sera“ erfährt, daß als Internierungsort für Karl die Insel Malta festgesetzt werden soll, falls Portugal die Ausnahme auf Madeira ablehnt.

Paris, 3. November. „Journal“ meldet, daß die Verhandlungen mit Portugal wegen der Ueberwachung des Exkönigs Karl von Habsburg, der auf der Insel Madeira interniert werden soll, vor ihrem Abschlusse stehen.

Das Schiff mit Karl auf eine Sandbank aufgefahren.

Belgrad, 3. November. (Fig.) Die Durchreise des Exkönigs Karl und der Exkönigin Rita durch Belgrad hatte sich verzögert, weil die englischen Monitore infolge niederen Wasserstandes nördlich Semlin auf eine Sandbank aufgefahren waren. Die englischen Schiffe werden heute früh wieder flottgemacht. Nachdem indessen der Wasserstand donauabwärts bis zum Eisernen Tore die Durchfahrt der Monitore nicht ermögliehen dürfte, wird versucht werden, das Exkönigspaar mittels Motorbootes, eventuell mittels Automobils bis an die rumänischen Grenze zu bringen.

Jugoslawien demobilisiert nach der Entthronung der Habsburger.

Agrom, 2. November. (R.D. Laibach.) „Novosti“ berichtet aus Belgrad: Gestern hat die

der tschechische Gesandte Kalina dem Ministerpräsidenten Patisch einen Besuch ab und teilte ihm den Standpunkt seiner Regierung mit Rücksicht auf die durch den Putschversuch Karls geschaffene Lage mit. Der Gesandte erklärte, daß auch seine Regierung auf dem Standpunkte stehe, nicht früher zu demobilisieren, bevor nicht das magyarsche Parlament die Entthronung der Habsburger beschlossen habe.

Ungarische Nationalversammlung.

Verhandlung des Entthronungsgesetzes.

Breßburg, 3. Nov. (Tsch.-P.) Aus Budapest wird gemeldet: Der Beginn der Sitzung der Nationalversammlung, die historische Bedeutung hat, wurde auf 10 Uhr vormittags festgesetzt. Um diese Zeit war der Sitzungssaal jedoch leer. Erst um 11 Uhr eröffnete Präsident Gaal die Sitzung. Die Bänke der Abgeordneten sind dicht besetzt. Der Vorsitzende verliest die eingelangten Zuschriften, insbesondere eine Mitteilung der Regierung über die Verhaftung verschiedener Abgeordneter. Während der Verlesung kommt es zu zahlreichen Zusammenstößen zwischen Karlisten und Antikarlisten. Hierbei tut sich insbesondere Abg. Ludwig Szilagy hervor. Nach Beendigung der Formalien legt Ministerpräsident Graf Bethlen den Entthronungsgesetzentwurf vor. Die Karlisten rufen „Eisen a Kiraly!“, aus den Bänken der Kleinen Landwirte wird der Ruf laut: „Eisen Fortyh!“ Der Entwurf wird dem staatsrechtlichen Ausschusse zur sofortigen Berichterstattung zugewiesen. Bei der Abstimmung bleiben einige Abgeordnete der christlich-nationalen Partei sitzen, andere stimmen zu. Sodann erfolgt die Mitteilung, daß die Immunität einer ganzen Reihe von Abgeordneten verlegt wurde, so die des Abgeordneten Stephan Friedrich. Im Verlaufe seiner Rede kommt es wiederholt zu Wortgefechten, aber auch zu Ausbrüchen der Heiterkeit. Die Immunitätsverletzung wird also nicht sehr tragisch genommen. Unwillen erregte die Verletzung der Immunität des Abg. Alexander Giehwien.

Die Sitzung wurde sodann bis zur Erstattung des Berichtes des staatsrechtlichen Ausschusses unterbrochen. Die Unterbrechung dauerte fast zwei Stunden, was beweist, daß die Ausschussverhandlungen keinen glatten Verlauf nahmen.

Um 12 Uhr wird die Sitzung des Abgeordnetenhauses wieder aufgenommen. Berichterstatter Stephan Rubincel beantragt, daß die Gesetzentwürfe gedruckt, verteilt und als dringlich erklärt werde. Dem Gesetzentwurf wird die Dringlichkeit mit großer Mehrheit zuerkannt. Die nächste Sitzung findet Freitag um 10 Uhr vorm. statt.

Eingeliefen aus der Sitzung.

Budapest, 3. November. Das M. T. S. D. meldet noch einige Einzelheiten aus der heutigen Sitzung der Nationalversammlung. Unter den eingelangten Zuschriften besand sich auch ein ungewöhnlich scharfes Reskript des heiligen Stuhles, welches die Repatriierung der magyarschen Kriegsgefangenen aus Rußland betrifft. Der Ministerpräsident übermittelte dem Präsidenten der Nationalversammlung eine Zuschrift, nach welcher das königliche magyarsche Ministerium die Staatsanwälte ermächtigt, sofort das Strafverfahren gegen den Abgeordneten Stefan Kalowatzky, Grafen Julius Andrássy, Edmund Benicsky, den Grafen Anton Eszgrah und Stefan Friedrich, den Grafen Rudolf auf ihre Immunität wegen des Verbrechens des Aufbruchs einzuleiten und sie in Haft zu nehmen. Einige Munizipien sandten an die Nationalversammlung Adressen, in welchen gefordert wird, daß der Tag der Ratifikation des Trianoner Friedensvertrages als nationaler Trauertag begangen werde.

Immer wieder Bandenüberfälle.

Erhöhte Bandentätigkeit. — Hejas ersucht um einen Waffenstillstand.

Wien, 3. November. (Telegramm des „Sozialdemokrat“.) Die Bandenüberfälle nehmen sich wiederum. Auf dem Spitalberg bei Bruck beginnen die Banden wieder mit dem Bau von Unterständen. Heute Mitternacht sind Banden gegen Sommerain vorgestoßen. Sie wurden von Gendarmen vertrieben. Flüchtlinge aus dem Burgenland haben gestern die Banditen aus Kaisersteinbruch vertrieben. Die Banditen erhielten aber Verstärkungen und die Flüchtlinge mußten sich zurückziehen. Kleinere Banden sind auch gegen das Zwillingdorfer Kohlenbergwerk der Gemeinde Wien vorgestoßen. In Mattersdorf, dem Hauptquartier der Banden und in Ungarburg wurden die Banditen auf 150 Mann verstärkt. Sie haben auch zwei Maschinengewehre.

Gestern ist beim Kommando in Bruck ein Parlamentär des Oberleutnants Hejas eingetroffen, der die Aufforderung brachte, daß vom österreichischen Kommando ein Delegationer bestimmt werde, der mit Hejas heute Vormittag über einen Waffenstillstand verhandeln soll. Der Abschnitt des Hejas reicht von der tschechoslowakischen Grenze bis in die Gegend von Wiener-Neustadt. Selbstverständlich wurde mit dem Banditenführer nicht unterhandelt.

Eine österreichische Demarche.

Forderung nach rascher Säuberung Westungarns von den Banden und baldiger Durchführung des Plebiszits in Oedenburg.

Wien, 3. November. (Tsch. P.) Wie bereits gemeldet, wird die österreichische Regierung in den nächsten Tagen bei den Entente-mächten eine Demarche in Angelegenheit Westungarns unternehmen und auf die Notwendigkeit einer raschen Säuberung von den Banden und der baldigen Durchführung des Plebiszits in Oedenburg und Umgebung hinweisen. Weiters wird darauf verwiesen werden, daß die österreichische Regierung an der Sicherung ihres Eigentums im Burgenland und an geeigneten Bürgschaften für eine ungehinderte Durchführung des Plebiszits festhalten müsse. Die österreichische Regierung ist zu diesem Schritte genötigt infolge des unaufhörlichen Treibens der Banden im Burgenland, deren Tätigkeit auch nicht im geringsten nachgelassen hat. Es sei eine Tatsache, daß die magyarische Regierung bisher nicht die notwendigen Maßnahmen zur Entfernung der Banden aus dem Burgenland getroffen hat.

Scheinung zu verzeichnen, daß die Vertreter der politischen Parteien von Graslitz, als sie sahen, daß die gesetzliche Grenze überschritten werde, alles getan haben, um Schwierigkeiten zu vermeiden. Was eine Entschädigung für die Hinterbliebenen nach den Toten und für die Verwundeten anbelangt, so wird die Regierung mit dem größten Wohlwollen vorgehen.

Zu den Anfragen wegen der Verhaftungen in der Slowakei erklärte der Ministerpräsident, daß die Regierung Weisungen erlassen habe, damit streng in den Grenzen des Gesetzes vorgegangen werde.

Was die auswärtige Situation anbelangt, erklärte der Ministerpräsident, daß in den letzten Tagen ein absolutes Einvernehmen zwischen den Alliierten und den Mitgliedern der Kleinen Entente zustande gekommen ist, daß unsere Grundforderungen, welche sicherlich nicht übertrieben waren, und welche der allgemeinen Situation in Mitteleuropa entsprechen, als berechtigt anerkannt wurden und daß in dieser Beziehung zwischen uns und den Alliierten Staaten keine Schwierigkeiten bestehen, da wir absolut einträchtig vorgehen und den Alliierten aufrichtigen Dank sagen müssen.

Im Sinne unserer Friedenspolitik sind wir dahin gelangt, wohin wir zwecks friedlicher Erledigung der ganzen Krise gelangen wollten. Der Ministerpräsident versichert, daß auch bei einer weiteren Entwicklung des Konfliktes unsere Regierung in dieser friedliebenden Weise vorgehen werde, daß wir überall, wo dies notwendig sein wird, unsere Argumente und nicht die äußersten Mittel zur Geltung bringen werden. Unsere außerordentlichen Maßnahmen müssen noch eine kurze Zeit andauern, damit alle unsere Bedingungen angenommen und verwirklicht werden und die Situation sich kläre, aber die Regierung ist entschlossen, um keinen einzigen Tag, keine einzige Stunde diese außerordentlichen Maßnahmen länger andauern zu lassen, als es unumgänglich notwendig sein wird.

Aus dem Parlamente.

Budgetauschuss.

Der Budgetauschuss trat gestern vormittags unter Vorsitz des Abgeordneten Bradac und in Anwesenheit des Ministerpräsidenten Dr. Benesch, des Präsidenten des obersten Rechnungskontrollamtes Dr. Körner, des Finanzministers August Nowak sowie der Vertreter der beteiligten Ministerien zu einer Sitzung zusammen.

Auf der Tagesordnung stand das Kapitel III, Nationalversammlung (ordentliche Ausgaben 38.895.143 K, außerordentliche 2.744.000 K, zusammen 40.895.887 K, ordentliche Einnahmen 179.000 K).

Berichterstatter Abg. Burzival erklärte, daß das Budget der Nationalversammlung für das nächste Jahr gegenüber dem Vorjahre um 16.179.378 K größer sei. Diese bedeutend höheren Ausgaben erklären sich hauptsächlich daraus, daß diese Ausgaben für diverse Angestellte und Abteilungen der Nationalversammlung erhöht werden mußten. Ferner mußten auch die Ausgaben für die außerordentlichen Arbeiten erhöht werden. Mit Gesetz vom 18. März 1921 wurden auch die Diäten der Mitglieder der Nationalversammlung erhöht, die für das Jahr 1921 27.296.000 K ausmachen, so daß dieser Teil eine Mehrausgabe von 9 Millionen K gegenüber dem Vorjahre aufweist. Ebenso stiegen die Auslagen für die Heizung der beiden Häuser. Bezüglich der Ausgaben für Druckkosten wird der Präsident des Abgeordnetenhauses mit bestimmten Vorschlägen kommen, um Erparungen auf diesem Gebiete zu erzielen, einerseits durch Einschränkung überflüssiger Ausgaben, andererseits durch eine Neuorganisation, so daß bei gutem Willen aller kompetenten Faktoren vorauszusehen werden kann, daß man im nächsten Jahre ungefähr eine Million Kronen ersparen kann.

Darauf ergriff Ministerpräsident Dr. Benesch, dessen Rede wir an anderer Stelle des Blattes wiedergeben, das Wort.

Nach Benesch's Rede stellte Abg. Dr. Pabel, sowie Genosse Abg. Laub einen Antrag zur Eröffnung der Debatte über die Erklärung des Ministerpräsidenten. Dieser Antrag wurde jedoch mit Stimmenmehrheit der tschechischen Mehrheitsparteien abgelehnt.

Darauf wurde in der Debatte über das Budget fortgeschritten. Den Bericht erstattete Abg. Rosel (tschech. Merital).

Nach ihm sprach Abg. Sonntag (Republ.) über Staatsschulden der tschechoslowakischen Republik (ordentliche Ausgaben 1.661.609.707 K, außerordentliche Ausgaben 419.660.178 K, zusammen 2.080.669.885 K). Er empfahl schließlich dieses Kapitel zur Annahme.

Abgeordneter Chalupa (tschechischer Sozialdemokrat) wünscht im kommenden Budget die Aufnahme des Punktes: Gemeinsamer Bau des Abgeordnetenhauses und des Reichstages.

genau auf die Staatsschulden ein und weist nach, daß die Bourgeoisie, die den Staat beherrscht, nicht ihre Pflicht erfüllt. Bezüglich der Kriegsanleihefrage sei angeblich der Staat bis zur äußersten Grenze gegangen.

Abgeordneter Laub (deutscher Sozialdemokrat) verwahrt sich dagegen, daß über die Erklärung des Ministerpräsidenten keine Debatte eröffnet werden konnte. Es wäre wichtig gewesen, über vieles zu sprechen. Der Unterhaltsbeitrag ist trotz der fünfzigprozentigen Erhöhung vollkommen ungenügend. Reich Mensch kann seine Familie mit drei Kronen dreißig Heller in Prag ernähren. In der Provinz sinkt diese Summe noch auf zwei Kronen siebzig Heller! Man hätte vom Ministerpräsidenten auch erwartet, daß er im gegenwärtigen Augenblicke über die Aufhebung des Kriegsausleistungsgesetzes, das die Unternehmer für ihre Zwecke ausnützen, sprechen werde. In seiner Besprechung über Graslitz hätte sich der Ministerpräsident nicht nur auf amtliche Berichte stützen sollen. Bezüglich des Kapitels Rationalversammlung macht der Redner den Vorwurf, daß kein Rechnungsabluß vorliegt. Er spricht sich für die Beseitigung des Zweikammersystems aus. Dadurch werden Ersparnisse ermöglicht. Solange die Autonomie der Länder andauere, müsse ihnen der Staat auch die gesetzmäßigen Zuweisungen geben, denn die Gesundung der Staatsfinanzen ist nur durch eine Gesundung der Landesfinanzen zu ermöglichen. Die Länder mögen dazu verhalten werden, regelmäßig Berichte den gesetzgebenden Körperschaften vorzulegen. Es geht nicht an, daß irgend eine autonome Körperschaft blindlings ohne Kontrolle wirtschaftet. Die Budgetberrechnung entspreche nicht dem tatsächlichen Schuldenstand der Republik. Er führt die Gründe bezüglich des Scheiterns der inneren Anleihe an. Er fordert, daß den unbemittelten Schichten der Bevölkerung die Kriegsanleihe voll ausgezahlt werde. Erst dann kann eine innere Anleihe einen besseren Erfolg aufweisen. Bezüglich der Reparationskommission habe das Parlament noch keinen Bericht über die Tätigkeit dieser Körperschaft erhalten. Es sei vollkommen unklar, daß drei Jahre nach Beendigung des Krieges diese Kommission noch immer nicht in der Lage und nicht verpflichtet sei, einen Bericht über ihre Arbeiten zu erstatten. Im Interesse der armen Kreise der Bevölkerung müsse dafür gesorgt werden, daß ehestens ein Bericht über die Tätigkeit dieser Kommission gegeben werde.

Abgeordneter Spacek (Nationaldemokrat) fordert, daß der Vertreter des Finanzministeriums einen Spezialbericht über die Wirtschaft der einzelnen Länder abgebe.

Darauf reagiert der Vertreter des Finanzministeriums Ministerialrat Brach.

Der Präsident des obersten Kontrollamtes Dr. Körner erklärt, daß er zu drastischen Mitteln greifen mußte. Er führt die Gründe an, die es bisher nicht ermöglichten, ein genaues Verzeichnis der Staatsschulden vorzulegen. Diese mit dem Finanzministerium gemeinsam durchgeführte Arbeit erfordere Zeit.

Min.-Rat Kales reagiert auf die Einwürfe des Abg. Dr. Rosel.

Abg. Pabel (d. Soz.-Dem.) spricht über die Graslitzer Vorfälle. Er verweist auf die Erparnis im Budget des Abgeordnetenhauses, die sich aus einer Reform der Sprachhandhabung ergeben würde.

Abg. Sonntag (tsch. Agrarier) verweist auf den schädlichen und teuren Dualismus in Bezug auf das Landes- und Staatsbudget. Er wünscht eine Uniformierung.

Der Vertreter des Ministeriums des Innern, Sachvorstand Dr. Bobel, stimmt mit dem Antrag des Genossen Laub bezüglich einer gerechten Vertretung aller Schichten der Nation auch im mährischen Landesauschuss vollkommen überein. Bezüglich der Forderung des Genossen Laub, daß dem Abgeordnetenhause ein Bericht über die Wirtschaft der Landesauschüsse vorgelegt werde, verweist Dr. Bobel auf ein diesbezüglich bereits vorgelegtes Gesetz vom 9. April 1920. Er weist die Einwürfe gegen die Wirtschaft des Landesverwaltungsausschusses zurück.

Nach weiteren Ausführungen besetzten einiger Vertreter des Finanzministeriums fordert Abgeordneter Vabnil (Kommunist), daß man klar die Bedingungen stelle, die erfüllt werden müssen, daß zur Demobilisierung geschritten werde. Er verlangt, daß ein genaues Verzeichnis der Vermittler von Lebensmittelgeschäften und ihrer Prozente der mit dem Auslande abgeschlossenen Käufe vorgelegt werde.

Es sprechen noch Windisch (deutscher Agrarier) und Bobel (deutscher Christl.).

Der Berichterstatter Abgeordneter Burval versucht, den Vorwurf einer vorzeitigen Demobilisierung zurückzuweisen. Den Antrag des Genossen Laub bezüglich Aufhebung des Senates und der damit zusammenhängenden Veränderung des Verfassungsgesetzes hält er für unzeitgemäß. Was die Repräsentationsausgaben betrifft, würde diese Seite nicht allzu sehr in Anspruch genommen werden.

Nach Reden der Abgeordneten Dr. Rosel und Sonntag wurde die Sitzung geschlossen. Nächste Sitzung findet heute um neun Uhr vormittags statt.

Eine Erklärung des Ministerpräsidenten.

Klärung der Lage.

Ministerpräsident Dr. Benesch ergriff im Laufe der gestrigen Sitzung des Budgetausschusses das Wort, um über die politische, militärische und auswärtige Situation zu berichten.

Was die Mobilisierung betrifft, konstatiert der Ministerpräsident, daß sie fast überall sehr gut und in musterhafter Ordnung durchgeführt werde. Naturgemäß kam es zu verschiedenen Schwierigkeiten, denn es war dies die erste Mobilisierung, welche die Republik nach drei Jahren ihrer Existenz vorgenommen hat. Es war dies eine große Belastungsprobe, aber man darf sagen, daß die Mobilisierung in militärischer, verwaltungsrechtlicher und politischer Beziehung einen tatsächlichen Erfolg bedeutete. Die Mobilisierung wurde namentlich in der Slowakei in einer absolut befriedigenden und bis zu einem gewissen Grade erstklassigen Weise durchgeführt.

Was die verschiedenen Ausnahmssortierungen betrifft, beruft sich der Ministerpräsident auf die Regierungserklärung, in welcher er bereits darauf hingewiesen hatte, daß die Regierung jede Belästigung der Bevölkerung und alle überflüssigen Ausnahmssortierungen, welche nicht durch die gegebenen Umstände erzwungen sind, gerne vermeiden will. Die Regierung wollte in jeder Beziehung liberal vorgehen, in der Voraussetzung, daß die Bevölkerung sich dessen bewußt ist, was die Mobilisierung bedeuete und danach handeln werde. Es war bisher nicht notwendig, zu Ausnahmssortierungen zu greifen bis auf „ganz unbedeutende Ausnahmen.“

Was die Mobilisierung in budgetärer Beziehung anbelangt, so wurde gleich vom ersten Augenblick an betont, daß bei den Mobilisierungskosten derart vorgegangen werden müsse, daß nur das Allernotwendigste tatsächlich zur Ausgabe gelangt. Ferner mußte eine ganze Reihe von Maßnahmen beim Einkauf verschiedener Gegenstände getroffen werden, namentlich beim Ankauf von Pferden, welcher Posten überaus wichtig ist. In dieser Angelegenheit wird die Regierung dem Parlament noch einen besonderen Antrag vorlegen, auf welche Weise der Staat bei diesem Ankauf soviel als möglich ersparen könnte, um die Pferde, soweit sie überhaupt zur Verwendung gelangen, so rasch als möglich zurückgeben zu können.

Was die politische Seite der Mobilisierung anbelangt, können wir unsere volle Anerkennung dafür aussprechen, daß alle Nationalitäten ihre Pflicht tatsächlich in einem solchen Maße erfüllt haben, daß der Staat absolut zufrieden sein kann. „Unsere Dessenlichkeit muß dies zur Kenntnis nehmen und entsprechend einschätzen.“ Geringfügige Vorkommnisse wie zum Beispiel die Nichterückführung einzelner Wehrpflichtigen, waren solcher Art, daß sie bei einer so großen Spannung und in einer derartigen Situation überhaupt nicht ins Gewicht fallen können. Die Regierung kann erklären, daß sie alle diese Vorkommnisse sehr streng in Evidenz hält und daß sie in Ruhe und Ueberlegung, aber entschieden, dem Geleite in allen Fällen Genüge tun wird, damit die Mobilisierung überall festzustellen werde.

Andererseits müssen wir darauf aufmerksam machen, daß die einzelnen Nationalitäten, mag es sich um welche immer handeln, den Beweis erbracht haben, daß sie ihre Pflichten dem Staate gegenüber kennen.

Was die Einrückung in der Slowakei und in Böhmen anbelangt, wurde sie glatt durchgeführt. Hierzu haben sicherlich die Kundgebungen der einzelnen Parteien in den parlamentarischen Körperschaften und zwar nicht nur der Regierungsparteien, sondern auch der Oppositionsparteien beigetragen. Das muß in politischer Beziehung als ein bedeutendes Aktium der ganzen Krise verzeichnet werden.

Bei dieser Gelegenheit erlaube ich mir auch mitzuteilen, daß einzelne kleinere Vorkommnisse, zum Beispiel in Rumburg und Warnsdorf, sehr rasch beendet wurden. Im Geiste der Regierungserklärung im Parlament sind wir gemäßig vorgegangen. Diese Ereignisse sind bekannt. Sie wurden aus verschiedenen, bisher noch nicht ganz klar konstatierten Ursachen hervorgerufen. Die Wehrpflichtigen wurden an der Einrückung verhindert, doch begaben sie sich, um ihrer Pflicht zu genügen, selbst auf stundenlangen Umwegen nach anderen Bahnhöfen, um einrücken zu können.

Diese Vorkommnisse waren das Ergebnis der Tätigkeit unverantwortlicher Elemente. Als jedoch von Seiten der Regierungsorgane auf die Folgen dieser Ereignisse hingewiesen wurde, haben auch die vernünftigeren Elemente unter der aufgehehten Menge die Unrichtigkeit eines solchen Vorgehens eingesehen, so daß im Laufe eines Tages alles wieder in Ordnung war. Wir haben darüber erwogen, ob nicht sofort in Rumburg Ausnahmssortierungen hätten getroffen werden sollen. Die Regierung hat sich jedoch im Sinne ihres Versprechens im Abgeordnetenhause und im Senate dagegen verwahrt. Wir haben eine bestimmte Zeit abgewartet, indem wir die Situation in friedlicher Weise zu lösen trachteten und ich kann auch konstatieren, daß diese Taktik sich in diesem Falle bewährt hatte. Bereits am folgenden Tage zeigte es sich, daß derartige Maßnahmen überhaupt nicht notwendig waren und daß alles beigelegt worden war.

Was Graslitz anbelangt, so waren die dortigen Ereignisse ersterer Natur und ich muß bedauern, daß es so weit gekommen ist. Der Ministerpräsident besitze sehr genaue und ausführliche Belege dafür, daß die Behörden und das Militär sich korrekt benommen haben und insbesondere das Militär die äußerste Geduld erzeigte, bevor es zu den Waffen griff. Erst als gegen das Militär Schritte unternommen wurden, welche in einer so ernstlichen Situation im Falle einer Mobilisierung aus militärischen und anderen Gründen absolut unzulässig sind, als es von einem Einheitsüberhaupt wurde, als man den Soldaten die Waffen aus den Händen riß und sie angriff, als vollends ein Soldat aus den Reihen gerissen und bei Seite geschleppt und bis zur Bewußtlosigkeit geprügelt wurde — dort wurde später das Seitengewehr vorgefunden — erst dann machte das Militär von dem äußersten Mittel Gebrauch. Hierbei ist es als eine erfreuliche Er-

Der Kampf gegen den Wucher.

Sitzung des Reichswirtschaftsrates.

Gestern fand eine Sitzung des Reichswirtschaftsrates statt, in der der Leiter des Ernährungsministeriums Erba eine Erklärung abgab, in der es unter anderem heißt: „Immer, wenn aus irgend welchen Gründen der Wucher in der Öffentlichkeit und in den gesetzgebenden Körperschaften stärker empfunden wird, erlöst der Ruf nach Verschärfung der Wuchergesetze. Es gibt jedoch kaum einen Staat, dessen Wuchergesetzgebung so reichhaltig und so streng wäre, wie die der Tschechoslowakei. Der Minister zählt die verschiedenen Gesetze und Vorschriften auf, welche gegen den Wucher gerichtet sind und erklärt dann: Der Hauptgrund des Versagens der Vorkehrungen gegen den Wucher liegt darin, daß es bei der Durchführung der Wuchergesetze an der erforderlichen Mitwirkung der Bevölkerung fehlt. Das Wucheramt verfügt bloß über 300 Amtorgane, die über die ganze Republik verteilt sind. Diese genügen für sich allein absolut nicht. Die Konsumenten aber, die selbst vom Wucher betroffen werden, schenken den Weg zum Amt. In den Fällen, wo es sich um große Summen handelt, sind alle Beteiligten außerordentlich vorsichtig. Auch erweist es sich vielfach als sehr schwierig, wenn eine Angelegenheit wegen Wucher erledigt ist, die Produktionskosten und den berechtigten Gewinn zu bestimmen, weswegen die Richter über derartige Fälle sehr ungerne urteilen. Deshalb wurde die Abteilung für Preisakkumulation gebildet, welche den Gerichten die erforderliche Hilfe bei der Verfolgung von Wucherfällen darbieten soll. Es ist aber weiters wahrheitsgemäß zu konstatieren, daß auch die Wuchergesetze nicht so arbeiten, wie sie sollen, und zwar durch das Verschulden der Bürger selbst. Einerseits besteht ein Mangel an geeigneten Richtern, wodurch die rasche Erledigung der Angelegenheiten unmöglich wird, andererseits aber bleiben die Laienrichter, und zwar nicht bloß die aus den Reihen der Geschäftsleute, sondern auch jene aus den Reihen der Arbeiterschaft von den Sitzungen fern, so daß wegen ihrer Abwesenheit die Hauptverhandlungen öfters vertagt werden müssen. Auch zeigt sich, daß die Meinung, daß die Richter aus den Reihen der Bürgerschaft strenger gegen den Wucher sein werden, als die Berufsrichter den Tatsachen nicht entspricht. Die Laienrichter sind im Gegenteil viel milder und sprechen, um nicht die schweren vorgeschriebenen Strafen verhängen zu müssen, lieber die Beschuldigten frei.“

Die amtliche Verfolgung des Wuchers bildet aber nur den kleineren Teil des Kampfes gegen den Wucher. Den wichtigeren und wirkungsvolleren Teil des Kampfes haben die Konsumenten selbst zu führen. Die Marktsituation ist gegenwärtig eine ganz andere, als während des Weltkrieges. Die gebundene Wirtschaft hat aufgehört, es herrscht wieder die freie Konkurrenz. Nichtsdestoweniger haben sich die Leute noch nicht daran gewöhnt, wieder wie vor dem Kriege von dem unehelichen oder untüchtigen Kaufmann zum besseren weiterzugehen und die guten Einkaufsquellen selbst zu suchen. Jedenfalls steht es den

Konsumenten frei, die Mitgliedschaft einer Konsumgenossenschaft zu erwerben, bei der die Spekulation ausgeschlossen ist. Die Konsumvereine sind heute mit Waren genügend versehen und brauchen nicht, wie im Kriege, die Aufnahme neuer Mitglieder zu verweigern. Wenn also jemand unter dem Wucher leidet, so tut er das infolge seiner eigenen Nachlässigkeit. Der Minister schließt, indem er erklärt, daß wenn die Kriegsgefahr sich steigern würde, oder der Krieg ausbräche, der Nachtragkreditanspruch würde, um den Wucherbekämpfungsdienst bedeutend zu erweitern. Es werde im Falle der Notwendigkeit auch zu der drastischen Maßnahme gegriffen werden, die Lebenserfordernisse bei den Produzenten und Geschäftsleuten zu Preisen anzufordern, welche amtlich als angemessen erklärt werden.

Nach der Rede des Ministers wurde ein Antrag des Inspektors Bahn gegen die Verteuerung der Milch, weitem ein Antrag des Redaktors Frabsa, die Firma Schicht aufzufordern, ihre Kalkulationsgrundlagen vorzulegen, weil sie in letzter Zeit den Preis von Ceres um 3 Kronen erhöht hat, schließlich ein Antrag des Mitgliedes des Wirtschaftsrates Danda, in welchem das Ministerium für Volksverpflegung, beziehungsweise das Justizministerium aufgefordert werden, die Kalkulationsabteilung beim Ministerium für Volksverpflegung auszubauen und weiters die Wuchergesetze und politischen Behörden anzuweisen, der Tätigkeit der Spekulanten und Wucherer schärfere Aufmerksamkeit zu widmen, angenommen.

Inland.

Deutschbürgerlicher Lügenfeldzug.

In Prag hat die Lügenmobilisierung der Deutschbürgerlichen gegen die deutsche Sozialdemokratie begonnen und nach und nach ist sie bis in das kleinste nationalistische Blättchen vorgebrungen: die Herren Siegfriedler, die sich auf ihre Friedensbegeisterung anlässlich des Karlsplatzes gar so viel einbilden — hätten sie es doch sieben Jahre früher getan! — werjen uns, deutschen Sozialdemokraten — „Kriegsbegeisterung“ vor. Sie, die einen beträchtlichen Teil der Kriegsschuld auf ihr renelles Haupt geladen, sie die die Fortführung des furchtbaren Krieges zustimmend ermöglicht haben, sie versuchen nun auf die Unwissenheit ihrer Parteipublikum gestützt, aus unserer zielklaren Haltung zu der ungarischen Frage für ihre Parteien und Gruppen Kapital zu schlagen. Wie niedrig, wie jeder journalistischen Ehre bar sie dieses traurige Geschäft besorgen, möge eine Probe aus der „Deutschen Landpost“ aus Böhmisches-Leipa dazunehmen. Auch dieses Blättchen versucht, aus unserer Kritik an den deutschbürgerlichen „Friedensfreunden“ unsere Kriegsgewogenheit zu beweisen. Und sie tut es also. Sie zitiert aus der großen Rede des Gen. Dr. Czech in Kautskys Ausschuss diese zwei zusammenhanglose Sätze:

„Weber Krieg und Fried.“ entscheidet die Nationalversammlung... Die deutsche Arbeiterschaft wird im Kampfe gegen die Reaktion ihren Mann stellen.“

Also das ist der „Beweis“! Man stellt zwei kurze Sätze einer Rede, die er weder gehört,

noch in seiner Gänge gelesen hat, einfach neben einander; und zwar die Feststellung, daß die Nationalversammlung über Krieg und Frieden entscheidet und dann einen Satz aus einem ganz anderen Teil der Rede, daß nämlich die deutsche Arbeiterschaft bereit ist, gegen die Reaktion entschieden aufzutreten; und wenn man nun diese beiden Sätze zusammenschreibt, so geben sie einfach so etwas wie Kriegsbegeisterung. Ist dieser Beweisführer der Böhmisches-Leipaer Zeitung ein Mensch, der so etwas wie politisches oder journalistisches Reingeschäft beizugt? Aber genau so ethisch gegründet sind die anderen Argumente dieses Blattes und aller anderen Preßstimmen, die dem jämmerlichen Versuch machen, aus unserer Ablehnung ihrer verlogenen Friedensliebe unsere „Kriegsbegeisterung“ herauszulösen.

Wir finden es nach den absolut klaren, eindeutigen Erklärungen unserer Vertreter im Parlamente nicht für nötig, uns auch mit jedem Preßföter auseinanderzusetzen. Nicht von gestern ist unser Verantwortungsbewußtsein dem Volke gegenüber. Schreiben die Sozialdemokratie besteht, war sie immer Warner vor imperialistischen Ausschreitungen. Wie haben beispielsweise die deutschbürgerlichen „Friedensfreunde“ aller Schattierungen zur Zeit der Balkankriege zum Kriege gehetzt. Und wie hat die Sozialdemokratie damals gewarnt. Und daß unsere Stellungnahme zu einem eventuellen Kriege der Tschechoslowakei, nämlich seine Verhütung und Ablehnung nicht erst zur Zeit des Karlsplatzes gefunden wurde, beweisen unsere Massensammlungen vom 13. März 1921. Nicht erst des karlistischen Abenteurers hat es bedurft, um unsere Stellungnahme zu der durch die Friedensverträge geschaffenen Grenzlage festzulegen. Tausende Arbeiter stimmten vor Monaten schon für die Resolution „gegen jede gewalttätige Lösung der durch den Krieg geworfenen Probleme, gegen den Militarismus...“; schon damals zeigten wir „die Gefahr neuerlicher blutiger Zusammenstöße in bedrohlicher Nähe“ auf. Und wie damals verlangten wir auch jetzt die Ausschöpfung aller friedlicher, unblutiger Mittel gegen Ungarn.

Aber was haben die Deutschbürgerlichen aller Abarten getan, um in den letzten zehn Jahren das Blutergießen zu vermeiden? Ihre erste Friedensregung führten sie, als es um die Wiederanfrischung des blutigen Sabbergerregimes ging. Und diese „Friedensfreunde“, ehemals die ruckeltesten Kriegsheer, wollen der Welt weiß machen, daß andere auch mit irgendwelcher Schuld belastet sind!

Für die Familien der Eingekerkerten. Im Auftrage des Klubs der deutschen Sozialdemokratischen Abgeordneten sprachen gestern Donnerstag die Abgeordneten Laub, Schäfer und Sackenberg beim Minister für soziale Fürsorge, Sahrman, vor und überreichten ihm den in der gestrigen Sitzung des Klubs beschlossenen Antrag auf Änderung des Krankenversicherungsgesetzes. Den Familien der eingekerkerten versicherten Personen möge der Anspruch auf die Leistungen der Familienversicherung für die Zeit der Mobilisierung gesichert werden.

Sie machten den Minister darauf aufmerksam, daß, wenn dieser Gesetzentwurf der parlamentarischen Behandlung unterzogen würde, damit den Angehörigen der bei der jetzigen Mobilisierung zur Dienstleistung Herangezogenen nicht gedient wäre und daß deshalb wohl notwendig wäre, im Verordnungswege die in dem Entwurfe angeregte Änderung des Gesetzes durchzuführen. Der Minister erklärte sich nach Rücksprache mit dem Referenten bereit, die Anregung zu überprüfen und wenn möglich, zu berücksichtigen.

Bei dieser Gelegenheit protestierten unsere Genossen auch gegen die Exkursion der Kretzeabordnung nach Deutschland zur Prüfung der Wirkung der freien Kretzewahl und betonten, daß eine solche nur von einer Landesgruppe durchgeführte Studienreise ein einseitiges Urteil zeitigen werde und es daher notwendig gewesen wäre, wenn dieser Exkursion gleich die Vertreter der Krankenkassen zugezogen worden wären. Schließlich ersuchte die Abordnung noch um die Herbeiführung von Verhandlungen über die von der politischen Landesverwaltung in Mähren geplante Zusammenlegung der Bezirkskrankenkassen Jnaum und Mähr. Budweis, gegen welche Vermählung die überwiegende Majorität der Mitglieder der Bezirkskrankenkassen Stellung nahm. Der Minister versprach, daß er ehestens eine Enquete der Vertreter der beteiligten Klassen und Interessengruppen einberufen werde.

Umsatzsteuerpflicht der Vereine. Infolge des § 6 des Gesetzes vom 12. 8. 1921, B. d. G. u. V. ist der Umkreis der umsatzsteuerpflichtigen Unternehmungen wesentlich erweitert und es unterliegen der obigen Umsatzsteuer nunmehr auch alle Vereine, welche eine dauernde oder zeitweilige Erwerbstätigkeit betreiben, insbesondere alle Sportvereine und Theatervereine, welche für ihre Veranstaltungen Eintrittsgelder einheben. Die betreffenden Vereine werden amtlich darauf aufmerksam gemacht, daß sie sich bei ihrer zuständigen Steuerbehörde 1. Instanz anzumelden haben, daß ferner auf diese Steuer schon bei der Feststellung des Eintrittsgeldes Rücksicht genommen werden muß, da auf allfällige spätere Einwendungen, daß ihnen die Bestimmungen des Gesetzes nicht bekannt waren, keine Rücksicht genommen werden wird.

Schmeral schmäht die deutsche Arbeiterschaft. Nach dem Decernat des „Pravo Lidu“ vom 3. November soll Schmeral auf dem Kommunistenkongreß von den deutschen Arbeitermassen behauptet haben, daß sie für den Kommunismus leicht zu gewinnen gewesen wären, wenn die Partei die Parole ausgegeben hätte: „Nicht einrücken“, weil in ihnen durch die Rückkehr Karls die verzweifelte Hoffnung entstanden sei, sich der nationalen Deffassierung wie die Deutschen sagen, zu entziehen. „Aber wir (nämlich die Kommunisten) mußten es uns überlegen, uns an die Spitze von Massen zu stellen, welche schon morgen das „Gott erhalte“ singen würden.“ Wenn Schmeral dies wirklich gesagt hat, so weist diese Rede darauf hin, daß er von dem Geiste, der in den deutschen Arbeitermassen lebt, keine Ahnung hat. Die deutsche Arbeiterschaft, die ihre revolutionäre Gesinnung auch zu der Zeit nicht verleugnet hat, als Schmeral zusammen mit den übrigen tschechischen „Revolutionären“ an Boroevic Glückwünschtelegramme gerichtet hat, muß Schmerals Anschuldigung zurückweisen.

Ruzena Capel.

Von J. J. David.

Und hätte das auch nur etwas geholfen? War es nicht das Klügste, man behielt die Verdächtigen bei sich, unter den eigenen Augen, und hoffte, die Scheu vor Frau und Schwester werde stark genug sein, sie vor einem arbeitsfähigen Unrecht zu schützen? So verdorben ist selten einer, um alles Vertrauen zu mißbrauchen, das ihm gewährt wird.

Immer heftiger und dennoch immer zweifelnder klammerte sie sich an das Einzige, was ihr noch blieb: an ihren Glauben an das Gute im Menschen.

Sehr gerne, zur Erleichterung ihrer Seele und weil es Dinge gibt, die man einem fremden Seelsorger eher bekennt, als dem vertrauten Beichtiger, hätte sie eine Wallfahrt unternommen. Aber sie traute sich nicht einmal nach dem heiligen Berg, als dürfe sie die Teresa nicht für einen Tag sich selber und dem Wojtech überlassen.

Ervog der Herrmann derlei? Machte er sich überhaupt Gedanken, die über das Allernächste hinausgingen? Er wachte nur eines: das Frauenzimmer machte ihn toll. Er konnte sich nicht satt sehen an der Teresa. Aus jeder ihrer Bewegungen floß für ihn ein unerlöschlicher Reiz.

Und überdies standen ihm als nahesten Verwandten von Anbeginn gewisse Vertraulichkeiten zu, die sie erst litt, ohne sich was dabei zu denken, und denen sie sich nachher durchaus nicht entziehen konnte, so unangenehm und drückend sie ihr wurden.

Und sie war jung und lachte gern. Vor der Ruzena traute man sich das kaum mehr. Und er hatte Wit und eine sehr lustige Art, insgeheim seiner Frau nachzuspotten und ihrer steinernen Ernsthaftigkeit. „So macht sie, Teresa, und so guckt sie.“ So sehr sie die Schwester

liebte, sie hatte doch auch eine Scheu vor ihr, und also machte es ihr Spaß, die ihr sonst immer Respektsperson und ober ihr gewesen war, nun klein und komisch zu sehen.

Dies ist ein guter Kniff. Wer die letzte Achtung vor anderen verliert, der gibt sich leicht auch vor sich selber auf und ist hernach zu Dingen zu bewegen, zu denen er anders nicht leicht zu bringen gewesen wäre. Das ist nun einmal Menschenart. Und der Wojtech war darin über jedem Komödianten. Und so hatten die zwei immer zu lachen auf Kosten einer dritten, und ohne daß sie etwas dafür konnte, blieb's in der Kleinen haften, und die Schwester sank in ihren Augen.

Ganste sie einmal, dann fiel der Teresa gewiß ein Schwant des Wojtech ein, und die rechte Wirkung war zum Teufel. Wer hieß sie auch immer und aus jedem Anloß preibigen? Das merkte die Ruzena natürlich, und sie wurde immer frustiger. Bestand da schon ein Komplott gegen sie?

Und überdies, der Wojtech schonte sich selbst nicht, machte sich nicht besser, als er war. Er erzählte von seinem Lumpenleben. Natürlich nur in Andeutungen, nur so weit, daß man nicht wußte, hatte er seinen letzten Streich vor wer weiß wie langen oder gestern getan, nur eben daß ihre Neugierde gereizt ward, daß sie alles desto verzweifelter und lustiger fand, weil es als selbstverständlich berichtet ward. Ja, das war einmal so auf der Welt. Und wer einem jungen Genüß Einbild in den Westengang verheißt, der darf seiner Dankbarkeit sicher sein.

Dabei kam er im eigentlichen nicht einen Schritt weiter. Umsonst wandte er alle seine Künste und Lodungen an und suchte jeden Augenblick des Alleinseins zu nugen.

Geld vermochte bei ihr nichts, die dessen nicht bedurfte. Und sie war allerdings neu-

gerig, wie jedes Mädchen in diesem Alter; aber vorsichtig war sie auch.

Immer widerstand ihm die Teresa. Je heftiger er sie bedrängte, desto widerwärtiger ist er ihr geworden. Und so ganz mit der Sprache traute er sich vor ihr doch nicht heraus. Immer hoffte er auf eine Ueberrumpelung, in der er's ihr abgewann, und fühlte sich so langsam anarrt.

„Nein! auf, was dann heraustritt,“ drohte er einmal.

„Wann?“ machte sie sehr unschuldig.

„Du nicht so heilig! Nun, dann, wenn du durchaus nicht anders willst,“ und er schickte sie so tüdlich an, daß sie vor dem Woknidel im Jüngsten erschrak und ihn dennoch sehr unbesonnen anfaß. Denn gewahrte er ihre Furcht, dann war es ganz und gar nicht mehr auszuhalten.

Ein Jörn, der sich nicht zu helfen wußte, wuchs davon in ihm. Er wurde roh und gehässig gegen sein Weib. Wo er sie nur irgend kränken konnte, dort hat er's immer und erfinderisch getan. Es gab kein Scheltwort — und der Hohn kann in einem Tag mehr schimpfen, als ein anderer anzuhören fähig ist! — das ihm für sie zu schlecht war.

Eine Traverse, die schon zu gar nichts taugte war sie bei ihm. Und es war ihm gleichgültig, ob Zeugen dabei waren oder nicht. Ja, vor Fremden zeigte er's ihr am liebsten. Und weil sie zu Beginn nicht gleich dorein fuhr, auch mit dem Mundwerk nicht so flink war, wie er, so wuchs seine Frechheit und seine Gehässigkeit mit jeder Stunde.

Sie war überflüssig auf der Welt. Aber das hätte man verzeihen können, wäre sie, die zu gar nichts gut war, ihm nicht noch ein Gemüts gewesen. Sie aus dem Wege, und es war' ihm bei dem Mädel sicher geküßt, wie bei mancher, die auch sehr spröde getan. So

aber — wie die rechte Mutter, die man nicht hintergeht, war die Ruzena immer zur Schwester gewesen.

Die Ruzena aber litt und schwieg. Und sie weinte immer noch nicht; mindestens gesehen hat es keiner. Aber in sich hatte sie das Gefühl und den festen Glauben, der zahlende Tag für alles müße kommen, das ihr da einer antat, dem sie von der ersten Stunde an das Beste vermeint und bereitet.

Wären die beiden Schwestern zu einer herzlichen Aussprache gelangt, so wär' es wohl das Beste gewesen. Man hätte sich, gleichviel wie immer, des heillosen Gesellen entledigt, so sehr sich der Bauer sonst schent, die Gerichte anzurufen, wenn es nicht um einen der beliebten Händel mit dem Nachbarn geht.

Gerade dem stand aber so ziemlich alles im Wege. Denn offenbarte sie die Bedrücknisse, unter denen sie litt, so mußte die Teresa besorgen, einen Brand anzufüttern, der erst recht unheilvoll ward. Aus's äußerste war der Wojtech in jeder Hinsicht gereizt; er haßte die Schwester; ein Augenblick genügte, um ein Unheil zuzubereiten, das nie und nimmer gut zu machen war.

So schwieg sie denn weiter, nachdem sie nicht von allem Anfang an den Ernst der Nachstellungen und der Schlechtigkeit des Schwagers geklaubt. Bei einem Schwant aber, auch wenn er derb ist, zimpert man nicht und macht nicht viel Wesens.

Je mehr aber zu berichten gewesen wäre, desto schwerer konnte sie anheben. Und sie hatte auch eine solche Scheu vor der Ruzena und wünschte desto mehr, sich ihr anzunähern, je besser sie erkannte, wie verworfen der andere war. Die aber war so sehr verflochten und gönnte niemanden einen Blick in sich. Frei-

Tages-Neuigkeiten.

Die deutschen Reserveoffiziere. Schon in den ersten Tagen der Mobilisierung hat sich gezeigt, wie es eigentlich um die Kriegsgegnerchaft und um den Antimilitarismus der Deutschbürgerlichen bestellt ist. Die ersten Deutschen, die sich sofort nach der Mobilisierung nicht schnell genug auf den Straßen und auf den Bahnhöfen in der tschechoslowakischen Uniform zeigen konnten, waren deutsche Reserveoffiziere. Sie konnten es förmlich gar nicht erwarten, bis sie den bunten Rock wieder anziehen durften, den sie vor drei Jahren mit tiefem Bedauern in den Kisten hängen mußten und an dem sie jetzt nicht nur ohne Bedenken, sondern mit Freuden die geliebten goldenen Sterne mit den tschechischen Ligen vertauschten. Und wie benahmen sich diese Herren der Mannschaft gegenüber? Ein Genosse aus Komotau erzählte uns, daß deutsche Reserveoffiziere, die kaum drei Tage lang die tschechische Uniform tragen, die Mannschaft in der rücksichtslossten Weise behandeln, daß sie sie schikanieren, daß sie sich ganz so benehmen, wie sie das als k. k. Reserveoffiziere den „Gemeinen“ gegenüber getan haben. Es ist also in diese traurigen Gefellen sehr schnell so eine Art tschechoslowakischer Patriotismus hineingefahren und es ist der Mühe wert, diese Wandlung ein wenig näher zu untersuchen. Sind es die Deutschnationalen und die anders gesinnten Deutschbürgerlichen, die jetzt die Offizierslilien tragen, wirklich auch sofort begeisterte Anhänger und Verteidiger des tschechischen Staates geworden? Das wohl nicht. Aber im Offiziersrock erwacht in ihnen mit doppelter Stärke das vorher vom nationalistischen Gedanken unterdrückte Klassenbewußtsein. Als Offiziere fühlen sie sich wieder als die Organe des Klassenstaates, nun sehen sie sich wieder den anderen, den Ausgebeuteten, die keine Privilegien haben, als Herr gegenüber, denen sie ohne Unterschied der Nation befehlen und kommandieren können. Das Herrschaftsbedürfnis unserer Massengegner findet auf dem Masernhofe wieder seine Befriedigung und das führt sie mit dem Vorhandensein einer Herrennation aus. Als Mannschafsperson würden die Söhne der deutschen Fabrikanten und die vielen Klopfschreier des Kapitalismus sehr ungern einrücken. Aber als Offiziere, die obendrein noch beim Einrücken sofort ein paar Tausender als Handgeld bekommen — das ist etwas anderes! Das Auserwählte aber ist, daß nicht nur deutsche Reserveoffiziere — Ausnahmen wollen wir gelten lassen — dieses neuerwachte Herrengefühl ganz in sich anleben lassen, sondern daß auch die bürgerlichen Parteien auf demselben Standpunkte stehen, wie die jungen Herren, die allen nationalen Haß, alle verlogenen Antikriegspropaganda vergessen, wenn sie die Mannschaft — ob tschechisch oder deutsch ist ihnen gleich — wieder kuzonieren können. Die deutschbürgerliche Presse veröffentliche seitern ein Schreiben, das der Abgeordnete Dr. E. Reierfeld als Militärreferent des deutschen parlamentarischen Verbandes an den Nationalverteidigungsminister gerichtet hat. In diesem Schreiben setzt sich der Verband mit aller Energie dafür ein, daß den Eingekrückten deutschen Reservekapitän, soweit sie ihre Charge nicht wiedererlangt haben, diese sofort wieder zuerkannt werde. Es heißt dort, daß die Behandlung der deutschen Reservekapitän als Soldaten ohne Charge in den Reihen dieser Kapitän Erbtireruna und in der deutschen Bevölkerung große Bestimmung hervorgerufen hat. Daß die Herren Reserveoffiziere, die erst vor Nationalismus trocken,

sich, sie hoffte immerdar, die Schwester werde sich zu einem Bekenntnis entschließen. Sie wartete lang und schmerzlich darauf. Aber kein Mädchen spricht gern davon, wenn man es mit aller Gewalt herunterzerrt und schlecht machen will. Es ist das die innere Scham, die sehr lähmt.

Im Bojtsch aber setzte sich immer ungewinnlicher die Vorstellung fest, die Kuzena müsse aus dem Weg, um jeden Preis.

Vordem hatte man's doch beuntem gehabt. Man ließ einen beschreiben oder ihm das Leben abgeben. Die seine Kunst war leider, wie manches Gute und Nützliche, ganz außer Schwang und Übung gekommen.

Und so begann er sein Weib mit jenem Haße zu verfolgen, der eigentlich kein Wort mehr gebraucht und nach seiner Tat greift. Denn in jeder Bewegung, in jedem Streit liegt er und spricht sich aus.

Es war nicht anders, als wolle er ihr mit Bliden und mit seiner freien Verachtung das Leben verhaften. Er gab ihr niemals eine Antwort, in der nicht ein Hohn und eine Beleidigung lagen. Als wolle er sie wirklich durchaus in die Marck drängen, so und wie ein rechter Teufel, der in ihm aufgewacht war, hat er's mit seinem Weibe angetrieben. Er war unflug; denn je mehr die Teresa die Schwester bedauerte, desto unfähiger ward sie, ihr ein Leid zu tun, desto mehr wurde ihr der ein Brennel, der zu solchen Mitteln trieb, nur um ein armes Mädchen zu seinem Gefüß zu zwingen.

Sie sah sich keinen Rat, während die Kuzena immer ernsthafter und nachdenklicher in sich nach jener Verfündigung forschte, der sie ein solches Los dankte. Sie fand keine, und darum hielt sie aus und litt weiter, was ihr von dem Saderlaten, dem Herrmann, zuerfüßt ward, ganz durchdrungen davon, die Stunde werde kommen und sie bereit und entschlossen finden.

dem tschechischen Staate unbedingte Feindschaft erklärten und so auf alle Chargin verzichteten, jetzt erbittert sind, wenn sie wie gewöhnliche Mannschaft Dienst tun sollen, glauben wir gerne und wenn der deutsche parlamentarische Verband das ausdrücklich feststellt, so beweist er nur damit, was den Deutschbürgerlichen am tschechoslowakischen Militarismus am unangenehmsten ist, nämlich, daß die Söhne der deutschen Fabrikanten noch nicht ihre Sterne oder Ligen zurückbekommen haben. Eine Frechheit ist es aber, zu behaupten, daß die deutsche Bevölkerung verstimmt ist, weil sie, die gerne wieder einmal den Säbel auf den Korros der deutschböhmisches Provinzstädte schleppen lassen möchten, jetzt Mannschafstomage essen sollen.

Die blamierte Dreieinigkeit der führenden deutschbürgerlichen Presse. Das deutsche Bürgertum in der Tschechoslowakei und seine Presse, deren Bedeutungslosigkeit ganz ihrem tiefen Niveau entspricht, wird sozusagen „geführt“ von drei Blättern, die sich ihrer Rolle als Chorführer noch kläglich entschuldigen als die stimmlosen Choris. Diese drei Blätter haben sich bei ihrem letzten gemeinsamen Auftreten so gründlich blamiert, daß wir die Geduld — um nicht zu sagen: die Einfalt — der Zuschauer, das sind in diesem Falle die Leser dieser Blätter, nicht genug bewundern können. Allen drei Blättern, dem „Prager Tagblatt“, der „Bohemia“ und der „Reichenberger Zeitung“ kommt insofern Bedeutung zu, als sie von einem großen Teil der deutschen Bevölkerung gelesen werden. Dem Ausschlagschild nach haben sie gewisse Unterhaltungsmerkmale, die wir kurz streifen wollen, weil der Uneingeweihte, der diese Blätter nur aus ihrer Verküre kennt, sonst niemals den Unterschied merken könnte. Da ist zunächst das „Prager Tagblatt“: farblos, geschmacklos, parteilos, ein föhliches Gemisch von Regierungsfreundlichkeit, deutschnationalem Bräutchen und Judenliebe. Die beiden anderen Zeitungen tragen zwar auch von jedem Mischungsbestandteil des „Prager Tagblattes“ etwas im Leibe, nur daß im Redaktionsstil der „Bohemia“ verborgen das bescheidene Banner der deutschdemokratischen Freiheitspartei ruht und daß die „Reichenberger Zeitung“ die Dinge immer im Lichte sieht, in das sie der Herr Dr. Reiterer gestellt wissen will. Alle drei Blätter bewegen sich faust und unaufhörlich zwischen den Deutschnationalen und ihrem Kapital einerseits und den liberalen Juden und ihrem Geldsack andererseits hin und her, schimpfen auf Staat und Regierung — und machen beiden vornehm zurückgehaltene Komplimente. Zu welchen Blamagen solche Politik führt, zeigte dieser Tage der gemeinsame Ausschrei und dann das Kleinbegeben aller drei Blätter vor der tschechoslowakischen Zensur. „Prager Tagblatt“ und „Bohemia“ wurden Dienstag konfisziert. Flug warfen sie sich in die Drust, die „Reichenberger Zeitung“ tat das Gleiche und, am Mittwoch erschien an der Spitze aller drei Zeitungen in großen fetten Lettern, als ob es sich um eine kolossal wichtige Angelegenheit handelte, folgende schicksalsschwere Ankündigung, die das ganze

Wenn sie zu Nacht erwachte und das trübe Nachtsicht glomm, dann sah sie oftmals nach ihm, der da in wüstem Schlummer lag, häßlich und gemein, und sinnlose Worte vor sich hinsturmelte, deren Bedeutung zu erraten sie sich fürchtete.

Und alle ihre Sorgfalt vereinigte sich auf dem Willen, damit der Bojtsch dem armen Wehrlosen nicht etwas zufüge. In ihn aber wagte sich der in aller seiner Anchosigkeit immer noch nicht; zu ihm war er sogar gut, wie er's nur je gewesen.

Sie alterte frühzeitig unter diesen Begebenheiten. Eine ganz kurze Zeit war auch sie in der Ehe aufgeblüht. Das war vorbei, und sie verfiel sichtlich. Der Gram über ihre Kinderlosigkeit trug ihr immer mehr an Herzen. Sie tat Gebüßde und spendete reichlich. Immer neue tränkende Rehnlichkeiten fand der Bojtsch an ihr heraus. Und immer wieder, und war die Frau nur für eine Stunde von Hause, veruchte er die Teresa, mit Drohungen, Verheißungen, die sie nicht fochten. Abmüden wolt' er sie, bis sie sich nicht mehr zu helfen wissen werde vor ihm. Es ging auch heinahe über die Kraft eines jungen Geschöpfes, was er alles mit ihr probierte.

Dennoch blieb sie fest. Hatte er seinen harten Schädel, so setzte sie den ihrigen auf, sich's nicht abtrotzen zu lassen. Und so war zwischen ihnen ein ewiges, wütendes, verbohlenes Ringen, von dem es nur ein Wunder war, daß es so lang geheim und unentschieden blieb.

Er mußte sie übermeistern. Mühte! Denn man merkte seine Verliebtheit und stachelte auf ihn. Ein Ehrenpunkt war's für ihn geworden. Er mußte seinen Freunden und vor allem sich zeigen, er könne durchsetzen was immer.

(Fortsetzung folgt.)

Deutschbürgertum der Tschechoslowakei sicherlich in schwerste Sorgen verlegte:

Mit Rücksicht auf die derzeit herrschenden Verhältnisse und die jetzt geübte Handhabung der Zensur sehen sich die unterzeichneten Redaktionen genötigt, bis auf weiteres von jeder Stellungnahme zu den politischen Ereignissen abzusehen.

Nebenbei gesagt, hatte sich unter diesem Dokument auch die „Ostrauer Morgenzeitung“ unterschrieben, der die Aufgabe obliegt, sich für das deutsche Bürgertum während ebenso kräftig zu blamieren, wie die drei früher genannten Blätter für Böhmen. Mit dieser Erklärung haben sich das „Prager Tagblatt“, die „Bohemia“ und die „Reichenberger Zeitung“, die übrigens unter der Zensur unergleichlich weniger zu leiden haben, als die sozialistischen Zeitungen ohne Unterschied der Nation und der Richtung, eine Blamage geholt, die in der Geschichte der Journalistik ziemlich vereinzelt dastehen dürfte. In dem Augenblicke, da sich den Tagblattredakteuren — die sich doch auf ihre journalistische Tüchtigkeit nicht wenig zugute tun — und ihren Kollegen von der „Bohemia“ und der „Reichenberger Zeitung“ die Gelegenheit bot, trotz Zensur mit aller Kraft und Kunst den Lesern alles das zu sagen, was sie zu sagen für notwendig erachteten, ergriffen sie ebenso bequem wie feige die Flucht. Anstatt, wenn nötig, dem Zensor ein Schnippchen zu schlagen, erklärten alle drei Blätter gerade in der Zeit wichtigsten politischen Geschehens ihren Lesern: „Wir haben Angst vor dem Zensor, wir dürfen auch jetzt nichts sagen. Wir werden jetzt noch farblos sein als bisher, ihr bekommt nun von uns nur noch kritiklos die amtlichen Meldungen und im übrigen unseren föhlichen unpolitischen Tratsch. Wenn es dann wieder ungefährlich sein wird, dann werden wir schon wieder unsere Stimmen erheben.“ Wir und mit uns wohl die breiten Massen der Bevölkerung fassen die Zensur und die Art, wie sie bekämpft werden muß, ein wenig anders auf. Nun ist es sicherlich kein Verdienst, die eigene Feigheit so rücksichtslos an den Pranger zu stellen. Aber immerhin wäre es den drei Blättern noch möglich gewesen, nach dieser blamablen Flucht vor dem Zensor ein wenig Würde zu bewahren. Da sie aber davon so gar nichts besäßen, folgte der erste Blamage sofort die zweite. Mittwoch früh nahmen die genannten drei Blätter vor dem Zensor Reichaus — und am Nachmittag desselben Tages sprachen bereits der deutschbürgerliche Abgeordnete Dr. Kaska und die bürgerlichen Pressevertreter beim Ministerpräsidenten vor, damit er die Handhabung der Zensur etwas milder. Beneš versprach ihnen das. Was bei dieser Vorsprache sonst noch ausgehandelt wurde, wissen wir nicht. Die drei bürgerlichen Blätter aber waren jedenfalls sehr befriedigt, sie glaubten nun, daß durch die Vorsprache bei Beneš sich mit einem Schlage die „herrschenden Verhältnisse“ geändert hätten, daß sie es nicht mehr nötig hätten, „bis auf weiteres von jeder Stellungnahme zu den politischen Ereignissen abzusehen“ — und Donnerstag Vormittag war die „Bohemia“ konfisziert. Einen Tag lang hatten die drei Blätter das Versprechen gehalten, die Leser „bis auf weiteres“ mit ihrer verwirrenden und unwahrscheinlichen Kritik der politischen Ereignisse zu verschonen, aber schon am nächsten Tage nach der heroischen Erklärung des Entschlusses brachen sie ihr Wort und nun saßen sie in allgewohnter Weise täglich politisch weiter, zur Freude des Zensors, der soviel Mut, Konsequenz und Würde natürlich seinen Respekt nicht versagen kann und trotz Beneš und Kaska ungehindert konfisziert. Nun wissen hoffentlich auch die Leser des „Prager Tagblattes“, der „Bohemia“ und der „Reichenberger Zeitung“, was sie von dieser Presse „bis auf weiteres“ zu halten haben.

Tschechnationale Hehe gegen deutsche Gemeinden. Ein gewisser Teil der tschechischen Presse hat es sich zur Aufgabe gemacht, unter den wichtigsten Vorwänden gegen deutsche Gemeindeverwaltungen eine systematische Hehe zu betreiben, autonome Verfügungen, mögen sie noch so sachlich und einwandfrei sein, aus chauvinistischen Gründen der Regierung zu denunzieren und von ihr ein Einschreiten zu verlangen. An der Spitze dieser Verküßte steht die „Narodni Politika“. Diese veröffentliche am 15. Oktober unter der marktschreierischen Ueberschrift: „Wie in Aussicht die Spenden des amerikanischen roten Kreuzes behandelt wurden“ eine Zuschrift des Inhalts, daß nach Aufforderung eine Sendung von Männerhemden kam, die für Kräfte bestimmt war, die aber über Anordnung des Stadtrates um den Preis von K 100.— an Beante verkauft wurden. Für den Erlös seien Lagerstätten für die Säuglingsanstalt gekauft, den tschechischen Wohltätigkeits-

anstalten sei von der amerikanischen Spende nichts gegeben worden. Schlussforderung: Die Regierung möge einschreiten! Die Wahrheit, mit der es die „Narodni Politika“ nicht genau nimmt, lautet nun folgendermaßen: Am 8. August sandte das amerikanische rote Kreuz in Prag an das städtische Säuglingsheim in Aussicht Lebensmittel, Leinwand und eine Kiste Flanell- und Barchentmännerüberhemden. Auf eine Anfrage der Verwaltung des städtischen Säuglingsheimes antwortete das amerikanische rote Kreuz, daß die gesamten Männerüberhemden Krankenhaushemden seien, die beim Nähen verborben wurden und die das Säuglingsheim zum Verfertigen von Kinderwädsche verwenden möge. Da dies aber mit zu großen Kosten verbunden gewesen wäre, wurden die Hemden den Humanitätsanstalten in Aussicht und Umgebung, in welchen Männer untergebracht sind, zu dem von Sachverständigen ermittelten Kaufpreis von 100 Kronen für das Stück zum Kaufe angeboten. Von diesem Angebot machte lediglich ein Bezirksverordnungsamt Gebrauch, das zehn Hemden ankaufte. Mit Rücksicht auf diese Sachlage wurde vom Bürgermeisteramt verfügt, daß der Rest der Hemden zum oberröhnten Preise an Gemeindegeld abzugeben und der Erlös der Widmung entsprechend, für das Säuglingsheim zu verwenden sei. Von dieser Verwendung wurde auch der Ausschuß des Säuglingsheimes verständigt. Aus dem Erlöse der Hemden wurde ein Teilbetrag zur Anschaffung von Betten und Einrichtungsgegenständen für das Säuglingsheim verwendet, während der Restbetrag beim städtischen Rentamt auf das Konto des städtischen Säuglingsheimes hinterlegt wurde. Diese Aktion wurde vom gemeinsamen Ausschuß des Säuglingsheimes und der Mutterberatungsstelle nachträglich zur Kenntnis genommen. Dieser Sitzung wohnten auch die Vertreterinnen der tschechischen Minderheit bei. Auch der Stadtrat nahm den Bericht über die Verwendung der Spende zur Kenntnis. Da das Säuglingsheim eine städtische Einrichtung ist, welche Tschechen und Deutschen in gleicher Weise offensteht, kann von einer Benachteiligung irgend eines Teiles der Bevölkerung keine Rede sein. Bezeichnend für die Kampfweise der tschechischen nationalistischen Presse ist die Tatsache, daß fünf Tage vor Erscheinen oberröhnter Zeitungsnoteiz der Aussig, tschechischen Amtsstelle für kulturelle und soziale Fürsorge“ vom Stadtrat der geschilderte Sachverhalt in allen Einzelheiten bekanntgegeben, ja sogar das Anerbieten gemacht wurde, durch ihre Vertreter im Ausschusse des Säuglingsheimes in dieser Geschäftsabklärung Einblick zu nehmen um sich von der zweckmäßigen Verwendung der Mittel der Anstalt zu überzeugen. All dies hindert die Sekspresse nicht, immer neuen Unfrieden zwischen den beiden Nationen zu säen. Die Aussig Tschechen haben keinen Grund, sich über schlechte Behandlung zu beklagen; die tschechische Minderheit — die größtenteils aus Arbeitern besteht, — wird von der deutschen Mehrheit, — die zum größtenteils sozialistisch ist — in keiner Weise zurückgesetzt.

Vollsgemeinschaft. Mit diesem Schlagwort versuchen die deutschnationalen Volksbildner eine Bewegung zu schaffen, die völlig den nationalistischen Gefühlen deutschnationaler Tagespölit Rechnung trägt. Bildungsbereitschaftige Professoren sorgen dafür, daß die „Heimatschule“ - Lehrerbewegung in rein politische Bahnen gelenkt wird. Das Bücherwesen wird dem gleichen Zwecke unterstellt. Der deutsche Nationalsozialist Prof. Emil Lehmann, einer der rührigsten Nationalisten, schreibt in seiner Zeitschrift „Heimatsbildung“ in bezug auf das Bücherwesen im Zusammenhang mit der Vollsgemeinschaft: „Es kann keinem Buch einer Bücherei ein innerer Wert zugesprochen werden, wenn es nicht ein Baustein an der Vollsgemeinschaft ist.“ Das bedeutet, daß die Herren Nationalisten alle jene Bücher auf dem Index sehen, deren Inhalt den nationalistischen Gefühlen dieser Herren widerspricht. Um dieses Ziel zu erreichen, will man eigene Arbeitsgemeinschaften für volkstümliche Buchtrieb errichten. Wir geben wohl nicht fehl, wenn wir aussprechen, daß dieses Bemühen von der Volksbüchereigenenschaft Leitmeritz besonders gefördert wird, die mit allen Mitteln der Klame verucht, mit der Volksbildungsbereitschaften zu machen. Unsere Genossen in den Gemeindebibliotheksräten machen wir auf dieses Vorgehen besonders aufmerksam, denn man wird die Gemeindeverwaltungen mit den „Büchereivorschlagslisten für kleine Gemeinden“ überschweben. Das Vorgehen dieser Herren fordert zum Widerspruch heraus. Die Arbeiterschaft wird die Gefahr, die dem neutralen Bildungswesen von jener Seite droht, mit aller Entschiedenheit abwehren.

Zu Senefelders hundertfünftägigem Hundertstages. Anlässlich der Wiederkehr des Hundertstages des Geburtsstages Alois Senefelders, welcher von den Prager Fachorganisationen festlich begangen werden wird, erneuerte in der letzten Stadtratssitzung Oberrevident Ludwig Reich, den bereits im März l. J. vom Stadtrat mitglied Prof. Dr. R. W. Raubnig gestellten Antrag, eine der Prager Straßen oder Plätze nach Senefelder zu benennen. Der Antrag wurde der Kommission für Straßennennung zuerwiesen. Bekanntlich wurde schon seinerzeit für den Erfinder des Steinbrudes in Berlin und München Denkmäler errichtet und auch in mehreren großen Städten des Auslandes Straßen nach diesem, in Prag am 6. November 1771 geborenen Erfinder, be-

Tages-Neuigkeiten.

Die deutschen Reserveoffiziere. Schon in den ersten Tagen der Mobilisierung hat sich gezeigt, wie es eigentlich um die Kriegsgegner und um den Antimilitarismus der Deutschbürgerlichen bestellt ist. Die ersten Deutschen, die sich sofort nach der Mobilisierung nicht schnell genug auf den Straßen und auf den Bahnhöfen in der tschechoslowakischen Uniform zeigen konnten, waren deutsche Reserveoffiziere. Sie konnten es förmlich gar nicht erwarten, bis sie den bunten Rock wieder anziehen durften, den sie vor drei Jahren mit tiefem Bedauern in den Kisten hängen mußten und an dem sie jetzt nicht nur ohne Bedenken, sondern mit Freuden die geliebten goldenen Sterne mit den tschechischen Ehren vertauschten. Und wie benehmen sich diese Herren der Mannschaft gegenüber? Ein Genosse aus Komotau erzählte uns, daß deutsche Reserveoffiziere, die kaum drei Tage lang die tschechische Uniform tragen, die Mannschaft in der rücksichtslosesten Weise behandeln, daß sie sie schikanieren, daß sie sich ganz so benehmen, wie sie das als k. k. Reserveoffiziere den „Gemeinen“ gegenüber getan haben. Es ist also in diese traurigen Gefellen sehr schnell so eine Art tschechoslowakischer Patriotismus hineingefahren und es ist der Mühe wert, diese Wandlung ein wenig näher zu untersuchen. Sind es die Deutschnationalen und die anders gestimmten Deutschbürgerlichen, die jetzt die Offiziersrollen tragen, wirklich auch sofort begeisterte Anhänger und Verteidiger des tschechischen Staates geworden? Das wohl nicht. Aber im Offiziersrock erwacht in ihnen mit doppelter Stärke das vorher vom nationalistischen Gedanken unterdrückte Klassenbewußtsein. Als Offiziere fühlen sie sich wieder als die Organe des Massenstaates, nun sehen sie sich wieder den anderen, den Ausgebeuteten, die keine Privilegien haben, als Herr gegenüber, denen sie ohne Unterschied der Nation befehlen und kommandieren können. Das Herrschaftsbedürfnis unserer Massengegner findet auf dem Kasernenhofe wieder seine Befriedigung und das föhnt sie mit dem Vorhandensein einer Herrennation aus. Als Mannschafsperson würden die Söhne der deutschen Fabrikanten und die vielen Klopfflechter des Kapitalismus sehr ungern einrücken. Aber als Offiziere, die obendrein noch beim Einrücken sofort ein paar Tausender als Handgeld bekommen — das ist etwas anderes! Das Interessanteste aber ist, daß nicht nur deutsche Reserveoffiziere — Ausnahmen wollen wir aelter lassen — dieses neuerwachte Herrschaftsbewußtsein in sich ausleben lassen, sondern daß auch die bürgerlichen Parteien auf demselben Standpunkte stehen, wie die jungen Herren, die allen nationalen Haß, alle verlorenen Antikriegsparolen verzeihen, wenn sie die Mannschaft — ob tschechisch oder deutsch ist ihnen gleich — wieder kuzonieren können. Die deutschbürgerliche Presse veröffentlichte gestern ein Schreiben, das der Abgeordnete Dr. C. Feiler als Militärreferent des deutschen parlamentarischen Verbandes an den Nationalverteidigungsminister gerichtet hat. In diesem Schreiben setzt sich der Verband mit aller Energie dafür ein, daß den Eingrückten deutschen Reserveoffizieren, soweit sie ihre Charee nicht wiedererlangt haben, diese sofort wieder zuerkannt werde. Es heißt dort, daß die Behandlung der deutschen Reserveoffiziere als Soldaten ohne Charee in den Reihen dieser Gassen Erbitterung und in der deutschen Bevölkerung große Verärgerung hervorgerufen hat. Daß die Herren Reserveoffiziere, die erst vor Nationalismus troffen,

dem tschechischen Staate unbedingte Feindschaft erklärten und so auf alle Chargen verzichteten, jetzt erbittert sind, wenn sie wie gewöhnliche Mannschaft Dienst tun sollen, glauben wir gerne und wenn der deutsche parlamentarische Verband das ausdrücklich feststellt, so beweist er nur damit, was den Deutschbürgerlichen am tschechoslowakischen Militarismus am unangenehmsten ist, nämlich, daß die Söhne der deutschen Fabrikanten noch nicht ihre Sterne oder Ehren zurückbekommen haben. Eine Frechheit ist es aber, zu behaupten, daß die deutsche Bevölkerung verstimmt ist, weil sie, die gerne wieder einmal den Säbel auf den Korso der deutschböhmisches Provinzstädte schleppen lassen möchten, jetzt Mannschafsmenage essen sollen.

Die blamierte Dreieinigkeit der böhmischen deutschbürgerlichen Presse. Das deutsche Bürgertum in der Tschechoslowakei und seine Presse, deren Bedeutungslosigkeit ganz ihrem tiefen Niveau entspricht, wird sozusagen „geführt“ von drei Blättern, die sich ihrer Rolle als Chorführer noch kläglicher entledigen als die stimmlosen Choris. Diese drei Blätter haben sich bei ihrem letzten gemeinsamen Auftreten so gründlich blamiert, daß wir die Geduld — um nicht zu sagen: die Einfalt — der Zuschauer, das sind in diesem Falle die Leser dieser Blätter, nicht genug bewundern können. Allen drei Blättern, dem „Prager Tagblatt“, der „Bohemia“ und der „Reichenberger Zeitung“ kommt insofern Bedeutung zu, als sie von einem großen Teil der deutschen Bevölkerung gelesen werden. Dem Aushängeschild nach haben sie gewisse Unterscheidungsmerkmale, die wir kurz streifen wollen, weil der Uneingeweihte, der diese Blätter nur aus ihrer Verküre kennt, sonst niemals den Unterschied merken könnte. Da ist zunächst das „Prager Tagblatt“: farblos, gesinnungslos, parteilos — ein töftliches Gemisch von Reaktionsfreundlichkeit, deutschnationalem Bräusten und Judenliebe. Die beiden anderen Zeitungen tragen zwar auch von jedem Mißkungsbestandteil des „Prager Tagblattes“ etwas im Leibe, nur daß im Redaktionsstisch der „Bohemia“ verborgen das tschechische Banner der deutschdemokratischen Freiheitspartei ruht und daß die „Reichenberger Zeitung“ die Dinge immer im Lichte sieht, in das sie der Herr Dr. Feiler gestellt wissen will. Alle drei Blätter bewegen sich sanft und unaufhörlich zwischen den Deutschnationalen und ihrem Kapital einerseits und den liberalen Juden und ihrem Geldsack andererseits hin und her, schimpfen auf Staat und Regierung — und machen beiden vornehm zurückgehaltene Komplimente. Zu welchen Blamagen solche Politik führt, zeigte dieser Tage der gemeinsame Ausschrei und dann das Kleinbeigeben aller drei Blätter vor der tschechoslowakischen Zensur. „Prager Tagblatt“ und „Bohemia“ wurden Dienstag konfisziert. Flug warfen sie sich in die Brust, die „Reichenberger Zeitung“ tat das Gleiche und, am Mittwoch erschien an der Spitze aller drei Zeitungen in großen fetten Lettern, als ob es sich um eine kolossal wichtige Angelegenheit handelte, folgende schicksalsschwere Ankündigung, die das ganze

Deutschbürgertum der Tschechoslowakei sicherlich in schwerste Sorgen versetzte:

Mit Rücksicht auf die derzeit herrschenden Verhältnisse und die jetzt geübte Handhabung der Zensur sehen sich die unterzeichneten Redaktionen genötigt, bis auf weiteres von jeder Stellungnahme zu den politischen Ereignissen abzusehen.

Nebenbei gesagt, hatte sich unter diesem Dokument auch die „Strauer Morgenzeitung“ unterschrieben, der die Aufgabe obliegt, sich für das deutsche Bürgertum während ebenso kräftig zu blamieren, wie die drei früher genannten Blätter für Böhmen. Mit dieser Erklärung haben sich das „Prager Tagblatt“, die „Bohemia“ und die „Reichenberger Zeitung“, die übrigens unter der Zensur unvergleichlich weniger zu leiden haben, als die sozialistischen Zeitungen ohne Unterschied der Nation und der Richtung, eine Blamage geholt, die in der Geschichte der Journalistik ziemlich vereinzelt dastehen dürfte. In dem Augenblicke, da sich den Tagblattredakteuren — die sich doch auf ihre journalistische Tüchtigkeit nicht wenig zugute tun — und ihren Kollegen von der „Bohemia“ und der „Reichenberger Zeitung“ die Gelegenheit bot, trotz Zensur mit aller Kraft und Kunst den Lesern alles das zu sagen, was sie zu sagen für notwendig erachteten, ergriffen sie ebenso bequem wie feige die Flucht. Anstatt, wenn nötig, dem Zensor ein Schnippen zu schlagen, erklärten alle drei Blätter gerade in der Zeit wichtigsten politischen Geschehens ihren Lesern: „Wir haben Angst vor dem Zensor, wir dürfen auch jetzt nichts sagen. Wir werden jetzt noch farblos sein als bisher, ihr bekommt nun von uns nur noch kritische die antilichen Meinungen und im übrigen unseren kolbaren unpolitischen Tratsch. Wenn es dann wieder ungefährlich sein wird, dann werden wir schon wieder unsere Stimmen erheben.“ Wir und mit uns wohl die breiten Massen der Bevölkerung fassen die Zensur und die Art, wie sie bekämpft werden muß, ein wenig anders auf. Nun ist es sicherlich kein Verdienst, die eigene Feigheit so rücksichtslos an den Pranger zu stellen. Aber immerhin wäre es den drei Blättern noch möglich gewesen, nach dieser blamablen Flucht vor dem Zensor ein wenig Würde zu bewahren. Da sie aber davon so gar nichts besaßen, folgte der ersten Blamage sofort die zweite. Mittwoch früh nahmen die genannten drei Blätter vor dem Zensor Reizaus — und am Nachmittag desselben Tages sprachen bereits der deutschbürgerliche Abgeordnete Dr. Kassa und die bürgerliche Pressevertreter beim Ministerräsidenten vor, damit er die Handhabung der Zensur etwas mildere. Benech versprach ihnen das. Was bei dieser Vorsprache sonst noch ausgehandelt wurde, wissen wir nicht. Die drei bürgerlichen Blätter aber waren jedenfalls sehr befriedigt, sie glaubten nun, daß durch die Vorsprache bei Benech sich mit einem Schlage die „herrschenden Verhältnisse“ geändert hätten, daß sie es nicht mehr nötig hätten, „bis auf weiteres von jeder Stellungnahme zu den politischen Ereignissen abzusehen“ — und Donnerstag Vormittag war die „Bohemia“ konfisziert. Einen Tag lang hatten die drei Blätter das Versprechen gehalten, die Leser „bis auf weiteres“ mit ihrer verwirrenden und unwahrscheinlichen Kritik der politischen Ereignisse zu verschonen, aber schon am nächsten Tage nach der heroischen Erklärung des Entlassens brachen sie ihr Wort und nun saßen sie in altgewohnter Weise täglich politisch weiter, zur Freude des Zensors, der soviel Mut, Konsequenz und Würde natürlich seinen Respekt nicht versagen kann und trotz Benech und Kassa ungehindert konfisziert. Nun wissen hoffentlich auch die Leser des „Prager Tagblattes“, der „Bohemia“ und der „Reichenberger Zeitung“, was sie von dieser Presse „bis auf weiteres“ zu halten haben.

Tschechnationale Hege gegen deutsche Gemeinden. Ein gewisser Teil der tschechischen Presse hat es sich zur Aufgabe gemacht, unter den wichtigsten Vorwänden gegen deutsche Gemeindeverwaltungen eine systematische Hege zu betreiben, autonome Verfügungen, mögen sie noch so sachlich und einwandfrei sein, aus chauvinistischen Gründen der Regierung zu denunzieren und von ihr ein Einschreiten zu verlangen. An der Spitze dieser Hege steht die „Narodni Politika“. Diese veröffentlichte am 15. Oktober unter der marxistischerischen Ueberschrift: „Wie in Lussig die Spenden des amerikanischen roten Kreuzes behandelt wurden“ eine Zuschrift des Inhalts, daß nach Aufsig eine Sendung von Männerhemden kam, die für Kralice bestimmt war, die aber über Anordnung des Stadtrates um den Preis von K 100.— an Veamice verkauft wurden. Für den Erlös seien Lagerstätten für die Säuglingsanstalt gekauft, den tschechischen Wohltätigkeits-

anstalten sei von der amerikanischen Spende nichts gegeben worden. Schlussfolgerung: Die Regierung möge einschreiten! Die Wahrheit, mit der es die „Narodni Politika“ nicht genau nimmt, lautet nun folgendermaßen: Am 8. August sandte das amerikanische rote Kreuz in Prag an das städtische Säuglingsheim in Aufsig Lebensmittel, Leinwand und eine Riste Gänse- und Barchentmännerüberhemden. Auf eine Anfrage der Verwaltung des städtischen Säuglingsheimes antwortete das amerikanische rote Kreuz, daß die gesamten Männerüberhemden Krankenhäusern seien, die beim Säuglingsheim zum Verfertigen von Kinderwäsche verwenden möge. Da dies aber mit zu großen Kosten verbunden gewesen wäre, wurden die Hemden den Humanitätsanstalten in Lussig und Umgebung, in welchen Männer untergebracht sind, zu dem von Sachverständigen ermittelten Kaufpreis von 100 Kronen für das Stück zum Kaufe angeboten. Von diesem Anbot machte lediglich ein Bezirksverordnungsamt Gebrauch, das zehn Hemden ankaufte. Mit Rücksicht auf diese Sachlage wurde vom Bürgermeisteramt verfügt, daß der Rest der Hemden zum oberrührten Preise an Gemeindegemeinschaften abzugeben und der Erlös der Widmung entsprechend, für das Säuglingsheim zu verwenden sei. Von dieser Verwendung wurde auch der Ausschuh des Säuglingsheimes verständigt. Aus dem Erlöse der Hemden wurde ein Teilbetrag zur Anschaffung von Betten und Einrichtungsgegenständen für das Säuglingsheim verwendet, während der Restbetrag beim städtischen Rentamt auf das Konto des städtischen Säuglingsheimes hinterlegt wurde. Diese Aktion wurde vom gemeinsamen Ausschuh des Säuglingsheimes und der Mutterberatungsstelle nachträglich zur Kenntnis genommen. Dieser Sitzung wohnten auch die Vertreterinnen der tschechischen Minderheit bei. Auch der Stadtrat nahm den Bericht über die Verwendung der Spende zur Kenntnis. Da das Säuglingsheim eine städtische Einrichtung ist, welche Tschechen und Deutschen in gleicher Weise offensteht, kann von einer Benachteiligung irgend eines Teiles der Bevölkerung keine Rede sein. Bezeichnend für die Kampfweise der tschechischen nationalistischen Presse ist die Tatsache, daß fünf Tage vor Erscheinen oberrührter Zeitungsnoteiz der Lussiger „tschechischen Anstalt für kulturelle und soziale Fürsorge“ vom Stadtrat der geschilberie Sachverhalt in allen Einzelheiten bekanntgegeben, ja sogar das Anerbieten gemacht wurde, durch ihre Vertreter im Ausschuh des Säuglingsheimes in besser Geschäftsabklärung Einblick zu nehmen um sich von der zweckmäßigen Verwendung der Mittel der Anstalt zu überzeugen. All dies hindert die Hegepresse nicht, immer neuen Unfrieden zwischen den beiden Nationen zu säen. Die Lussiger Tschechen haben keinen Grund, sich über schlechte Behandlung zu beklagen; die tschechische Minderheit — die größtenteils aus Arbeitern besteht, — wird von der deutschen Mehrheit, — die zum größtenteils sozialistisch ist — in keiner Weise zurückgesetzt.

Vollgemeinschaf. Mit diesem Schlagwort versuchen die tschechnationalen Volksbildner eine Bewegung zu schaffen, die völlig den nationalistischen Gefühlen deutschnationaler Tagespolitik Rechnung trägt. Bildungsarbeitsfähige Professoren sorgen dafür, daß die „Reinigung“ - Lehrerbewegung in rein politische Bahnen gelenkt wird. Das Büchereiwesen wird dem gleichen Zwecke unterstellt. Der deutsche Nationalsozialist Prof. Emil Lehmann, einer der rührigsten Nationalisten, schreibt in seiner Zeitschrift „Heimatbildung“ in bezug auf das Büchereiwesen im Zusammenhang mit der Vollgemeinschaf: „Es kann keinem Buch einer Bücherei ein innerer Wert zugesprochen werden, wenn es nicht ein Baustein an der Vollgemeinschaf ist.“ Das bedeutet, daß die Herren Nationalisten alle jene Bücher auf den Index setzen, deren Inhalt den nationalistischen Gefühlen dieser Herren widerspricht. Um dieses Ziel zu erreichen, will man eigene Arbeitsgemeinschaften für volkstümliche Buchtitel errichten. Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir aussprechen, daß dieses Bemühen von der Volksbüchereigenossenschaft Leitmeritz besonders gefördert wird, die mit allen Mitteln der Klame versucht, mit der Vollbildungsarbeit Geschäfte zu machen. Unsere Genossen in den Gemeindebibliotheksräten machen nun auf dieses Vorgehen besonders aufmerksam, denn man wird die Gemeindeverwaltungen mit den „Büchereivorschlagslisten für kleine Gemeinden“ überschwemmen. Das Vorgehen dieser Herren fordert zum Widerspruch heraus. Die Arbeiterschaft wird die Gefahr, die dem neutralen Büchereiwesen von jener Seite droht, mit aller Entschiedenheit abwehren.

Zu Senefelders hundertfünftägigem Geburtstag. Anlässlich der Wiederkehr des hundertfünftägigen Geburtstages Alois Senefelders, welcher von den Prager Machorganaktionen festlich begangen werden wird, erneuerte in der letzten Stadtratssitzung Oberpräsident Ludwig Reich, den bereits im März l. J. vom Stadtratmitglied Prof. Dr. R. W. Raubnisch gestellten Antrag, eine der Prager Straßen oder Plätze nach Senefelders zu benennen. Der Antrag wurde der Kommission für Straßenbenennung zuerwiesen. Bekanntlich wurde schon letztens für den Erfinder des Steinbrüdes in Berlin und München Denkmal errichtet und auch in mehreren großen Städten des Auslandes Straßen nach diesem, in Prag am 6. November 1771 geborenen Erfinder, be-

st, sie hoffte immerdar, die Schwester werde sich zu einem Bekenntnis entschließen. Sie wartete lang und schmerzhaft darauf. Aber kein Mädchen spricht gern davon, wenn man es mit aller Gewalt herunterzerren und schlecht machen will. Es ist das die innere Scham, die sehr lähmt.

Am Wojtech aber setzte sich immer unbewinglicher die Vorstelluna fest, die Ruzena müsse aus dem Weg, um jeden Preis.

Vordem hatte man's doch bequem gehabt. Man ließ einen besprechen oder ihm das Leben abgeben. Die seine Kunst war leider, wie manches Gute und Nützliche, ganz außer Schwang und Uebung gekommen.

Und so begann er sein Weib mit jenem Haße zu verfolgen, der eigentlich kein Wort mehr gebraucht und nach keiner Tat areift. Denn in jeder Bewegung, in jedem Streit liegt er und spricht sich aus.

Es war nicht anders, als wolle er ihr mit Blicken und mit seiner frechen Verachtung das Leben verhaften. Er gab ihr niemals eine Antwort, in der nicht ein Hohn und eine Beleidigung lauten. Als wolle er sie wirklich durchaus in die Marck drängen, so und wie ein rechter Teufel, der in ihm aufgewacht war, hat er's mit seinem Weibe angetrieben. Er war unflug; denn je mehr die Teresa die Schwester bewaerter, desto unfähiger ward sie, ihr ein Leid zu tun, desto mehr wurde ihr der ein Brenel, der zu solchen Mitteln oriff, nur um ein armes Mädel zu seinem Gelüft zu zwingen.

Sie sah sich keinen Rat, während die Ruzena immer ernsthafter und nachdenklicher in sich nach jener Veründiauna forschte, der sie ein solches Los dankt. Sie fand keine, und darum flocht sie aus und litt weiter, was ihr von dem Haderlaffen, dem Herrmann, zufließt ward, ganz durchdrungen davon, die Stunde werde kommen und sie bereit und entschlossen finden.

Wenn sie zu Nacht erwachte und das trübe Nachtslicht glomm, dann sah sie oftmals nach ihm, der da in wüstem Schummer lag, häßlich und gemein, und sinnlose Worte vor sich hinmurmelte, deren Bedeutung zu erraten sie sich fürchtete.

Und alle ihre Sorgen vereinigte sich auf dem Willen, damit der Wojtech dem armen Wehrlosen nicht etwas zufüge. An ihn aber wagte sich der in aller seiner Ruchlosigkeit immer noch nicht; zu ihm war er sogar gut, wie er's nur je gewesen.

Sie alterte frühzeitig unter diesen Begebenheiten. Eine ganz kurze Zeit war auch sie in der Ehe aufgeblüht. Das war vorbei, und sie verfiel sichlich. Der Gram über ihre Rinderlosigkeit fraß ihr immer mehr am Herzen. Sie tat Gelübde und spendete reichlich. Immer neue kränkende Ähnlichkeiten fand der Wojtech an ihr heraus. Und immer wieder, und war die Frau nur für eine Stunde von Hause, versuchte er die Teresa, mit Drohungen, Verheißungen, die sie nicht lodten. Abmüden wollte er sie, bis sie sich nicht mehr zu helfen wissen werde vor ihm. Es ging auch heilnabe über die Kraft eines jungen Geschöpfes, was er alles mit ihr probierte.

Dennoch blieb sie fest. Hatte er seinen harten Schädel, so setzte sie den ihrigen auf, sich's nicht abtrotzen zu lassen. Und so war zwischen ihnen ein ewiges, wütendes, verholenes Ringen, von dem es nur ein Wunder war, daß es so lang geheim und unentdeckt blieb.

Er mußte sie übermeistern. Mühte! Denn man merkte seine Verliebtheit und stichelte auf ihn. Ein Ehrenpunkt war's für ihn geworden. Er mußte seinen Freunden und vor allem sich zeigen, er könne durchsehen was immer.

(Fortsetzung folgt.)

Der Kampf gegen den Wucher.

Sitzung des Reichswirtschaftsrates.

Gestern fand eine Sitzung des Reichswirtschaftsrates statt, in der der Leiter des Ernährungsministeriums Erba eine Erklärung abgab, in der es unter anderem heißt: Immer, wenn aus irgend welchen Gründen der Wucher in der Öffentlichkeit und in den gesetzgebenden Körperschaften stärker empfunden wird, erlöst der Ruf nach Verschärfung der Wuchergesetze. Es gibt jedoch kaum einen Staat, dessen Wuchergesetzgebung so reichhaltig und so streng wäre, wie die der Tschechoslowakei. Der Minister zählt die verschiedenen Gesetze und Vorschriften auf, welche gegen den Wucher gerichtet sind und erklärt dann: Der Hauptgrund des Versagens der Vorkehrungen gegen den Wucher liegt darin, daß es bei der Durchführung der Wuchergesetze an der erforderlichen Mitwirkung der Bevölkerung fehlt. Das Wucheramt verfügt bloß über 300 Amtsborgane, die über die ganze Republik verteilt sind. Diese genügen für sich allein absolut nicht. Die Konsumenten aber, die selbst vom Wucher betroffen werden, scheuen den Weg zum Amt. In den Fällen, wo es sich um große Summen handelt, sind alle Beteiligten außerordentlich vorsichtig. Auch erweist es sich vielfach als sehr schwierig, wenn eine Anzeige wegen Wucher erfolgt ist, die Produktionskosten und den berechtigten Gewinn zu bestimmen, weswegen die Richter über derartige Fälle sehr ungerne urteilen. Deshalb wurde die Abteilung für Preisregulation gebildet, welche den Gerichten die erforderliche Hilfe bei der Verfolgung von Wuchersfällen darbieten soll. Es ist aber weiters nachhergehehelt, daß auch die Wuchergesetze nicht so arbeiten, wie sie sollten, und zwar durch das Verschulden der Bürger selbst. Einerseits besteht ein Mangel an geeigneten Richtern, wodurch die rasche Erledigung der Angelegenheiten unmöglich wird, andererseits aber üben die Richter, und zwar nicht bloß die aus den Reihen der Geschäftsleute, sondern auch jene aus den Reihen der Arbeiterschaft, von den Sitzungen fern, so daß wegen ihrer Unwesenheit die Hauptverfahren nicht weiter vorangetrieben werden können. Auch geht sich, daß die Meinung, daß die Richter aus den Reihen der Bürgerschaft strenger gegen den Wucher sein werden, als die Verwaltungsbehörden nicht entspricht. Die Richter sind im Gegenteil viel milder und sprechen, um nicht die schwereren vorgeschriebenen Strafen verhängen zu müssen, lieber die Beschuldigten frei.

Die amtliche Verfolgung des Wuchers bildet aber nur den kleineren Teil des Kampfes gegen den Wucher. Den wichtigeren und wirkungsvolleren Teil des Kampfes haben die Konsumenten selbst zu führen. Die Marktsituation ist gegenwärtig eine ganz andere, als während des Weltkrieges. Die gebundene Wirtschaft hat aufgehört, es herrscht wieder die freie Konkurrenz. Nichtsdestoweniger haben sich die Leute noch nicht daran gewöhnt, wieder wie vor dem Kriege von dem mehrfachen oder unächtlichen Kaufmann zum besseren weiterzugehen und die guten Einkaufsquellen selbst zu suchen. Jedenfalls sieht es den

Konsumenten frei, die Mitgliedschaft einer Konsumgenossenschaft zu erwerben, bei der die Spekulation ausgeschlossen ist. Die Konsumvereine sind heute mit Waren getügend versehen und brauchen nicht, wie im Kriege, die Aufnahme neuer Mitglieder zu verweigern. Wenn also jemand unter dem Wucher leidet, so tut er das infolge seiner eigenen Nachlässigkeit. Der Minister schließt, indem er erklärt, daß wenn die Kriegsgefahr sich steigeren würde, oder der Krieg ausbräche, er Nachtragskredite ansprechen würde, um den Wucherkämpfungsdienst bedeutend zu erweitern. Es werde im Falle der Notwendigkeit auch zu der drastischen Maßnahme gegriffen werden, die Lebensbedürfnisse bei den Produzenten und Geschäftslenten zu Preisen anzufordern, welche amtlich als angemessen erklärt werden.

Nach der Rede des Ministers wurde ein Antrag des Inspektors Sabn gegen die Verteuerung der Milch, weiters ein Antrag des Redakteurs Prabda, die Firma Schicht aufzufordern, ihre Kalkulationsgrundlagen vorzulegen, weil sie in letzter Zeit den Preis von Ceres um 3 Kronen erhöht hat, schließlich ein Antrag des Mitgliedes des Wirtschaftsrates Doubo, in welchem das Ministerium für Volksversorgung, beziehungsweise das Justizministerium aufgefordert werden, die Kalkulationsabteilung beim Ministerium für Volksversorgung auszubauen und weiters die Wuchererichte und politischen Behörden anzuweisen, der Tätigkeit der Spekulanten und Wucherer schärfere Aufmerksamkeit zu widmen, angenommen.

Inland.

Deutschbürgerlicher Lügenfeldzug.

In Prag hat die Lügenmobilisierung der Deutschbürgerlichen gegen die deutsche Sozialdemokratie begonnen und noch und noch ist sie bis in das kleinste nationalistische Blättchen vorgebracht: die Herren Siegfriedler, die sich auf ihre Friedensbegeisterung anlässlich des Karpatenfeldzuges so viel einbilden — hätten sie es doch sieben Jahre früher getan! — wessen uns, deutschen Sozialdemokraten — „Kriegsbegeisterung“ vor. Sie, die einen beträchtlichen Teil der Kriegskolonnen auf ihr reines Haupt geladen, sie die die Fortführung des furchtbaren Krieges zustimmend ermöglicht haben, sie versuchen nun auf die Unwissenheit ihrer Parteigenossen zu gestützt, aus unserer zielklaren Forderung zu der ungarischen Frage für ihre Parteien und Gruppen Kapital zu schlagen. Wie niedrig, wie jeder journalistischen Ehre bar sie dieses traurige Geschäft besorgen, möge eine Probe aus der „Deutschen Landpost“ aus Böhmisches-Leipa darun. Auch dieses Blättchen versucht, aus unserer Kritik an den deutschbürgerlichen „Friedensfreunden“ unsere Kriegswogenheit zu beweisen. Und sie tut es also. Sie zitiert aus der großen Rede des Gen. Dr. Czich in Kieuscheren Ausschuss diese zwei zusammenhanglose Sätze:

„Ueber Krieg und Frieden entscheidet die Nationalversammlung... Die deutsche Arbeiterschaft wird im Kampfe gegen die Reaktion ihren Mann stellen.“
Also das ist der „Beweis“! Man stellt zwei kurze Sätze einer Rede, die er weder gehört,

noch in seiner Gänge gelesen hat, einfach neben einander; und zwar die Feststellung, daß die Nationalversammlung über Krieg und Frieden entscheidet und dann einen Satz aus einem ganz anderen Teil der Rede, daß nämlich die deutsche Arbeiterschaft bereit ist, gegen die Reaktion entschieden aufzutreten; und wenn man nun diese beiden Sätze zusammenschreibt, so geben sie einfach so etwas wie Kriegsbegeisterung. Ist dieser Betrüger der Böhmisches-Leipziger Zeitung ein Mensch, der so etwas wie politisches oder journalistisches Reingefühl besitzt? Aber genau so ethisch gegründet sind die anderen Argumente dieses Blattes und aller anderen Preßstimmen, die dem jämmerlichen Versuch machen, aus unserer Ablehnung ihrer verlogenen Friedensliebe unsere „Kriegsbegeisterung“ herauszulesen.

Wir finden es nach den absolut klaren, eindeutigen Erklärungen unserer Vertreter im Parlamente nicht für nötig, uns auch mit jedem Preßföter auseinanderzusetzen. Nicht von gestern ist unser Verantwortungsbewußtsein dem Volke gegenüber. Seitdem die Sozialdemokratie besteht, war es immer Warner vor imperialistischen Ausschreitungen. Wir haben beispielsweise die deutschbürgerlichen „Friedensfreunde“ aller Schattierungen zur Zeit der Balkankriege zum Kriege gehetzt. Und wie hat die Sozialdemokratie damals gewarnt. Und daß unsere Stellungnahme zu einem eventuellen Kriege: der Tschechoslowakei, nämlich seine Verhütung und Ablehnung nicht erst zur Zeit des Karpatenfeldzuges gefunden wurde, beweisen unsere Massenversammlungen vom 13. März 1921. Nicht erst des karpatenfeldzuges hat es bedurft, um unsere Stellungnahme zu der durch die Friedensverträge geschaffenen Grenzlage festzulegen. Tausende Arbeiter stimmten vor Monaten schon für die Resolution „gegen jede gewalttätige Lösung der durch den Krieg aufgeworfenen Probleme, gegen den Militarismus...“; schon damals zeigten wir „die Gefahr neuerlicher blutiger Zusammenstöße in bedrohlicher Nähe“ auf. Und wie damals verlangten wir auch jetzt die Ausschöpfung aller friedlicher, unblutiger Mittel gegen Ungarn.

Aber was haben die Deutschbürgerlichen aller Parteien getan, um in den letzten zehn Jahren das Blutbergziehen zu vermeiden? Ihre erste Friedensregung fühlten sie, als es um die Wiederaufrichtung des blutigen Habsburgerregimes ging. Und diese „Friedensfreunde“, ebenalls die rücksichtslosesten Kriegsbeher, wollen der Welt weis machen, daß andere auch mit irgendwelcher Schuld belastet sind!

Für die Familien der Eingekerkerten. Im Austrage des Klubs der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten sprachen gestern Donnerstag die Abgeordneten Taus, Schäfer und Sadenberg beim Minister für soziale Fürsorge, Fabrian, vor und überreichten ihm den in der gestrigen Sitzung des Klubs beschlossenen Antrag auf Änderung des Krankenversicherungsgesetzes. Den Familien der eingekerkerten versicherten Personen möge der Anspruch auf die Leistungen der Familienversicherung für die Zeit der Mobilisierung gesichert werden.

Die machten den Minister darauf aufmerksam, daß, wenn dieser Gesetzesentwurf der parlamentarischen Behandlung unterzogen würde, damit den Angehörigen der bei der jetzigen Mobilisierung zur Dienstleistung Herangezogenen nicht gebüht wäre und daß deshalb wohl notwendig wäre, im Verordnungswege die in dem Entwurfe angeregte Änderung des Gesetzes durchzuführen. Der Minister erklärte sich nach Rücksprache mit dem Referenten bereit, die Anregung zu überprüfen und wenn möglich, zu berücksichtigen.

Bei dieser Gelegenheit protestierten unsere Genossen auch gegen die Exkursion der Herzogabordnung nach Deutschland zur Prüfung der Wirkung der freien Arztwahl und betonten, daß eine solche nur von einer Ständegruppe durchgeführte Studienreise ein einseitiges Urteil zeitigen werde und es daher notwendig gewesen wäre, wenn dieser Exkursion gleich die Vertreter der Krankenkassen zugezogen worden wären. Schließlich ersuchte die Abordnung noch um die Verbeiführung von Verhandlungen über die von der politischen Landesverwaltung in Wäbren geplante Zusammenlegung der Bezirkskrankenkassen Jnaim und Währ-Budwig, gegen welche Verschmelzung die überwiegende Majorität der Mitglieder der Bezirkskrankenkasse Jnaim Stellung nahm. Der Minister versprach, daß er ehestens eine Enquete der Vertreter der beteiligten Kassen und Interessengruppen einberufen werde.

Umsatzsteuerpflicht der Vereine. Infolge des § 6 des Gesetzes vom 12.8. 1921, B. d. G. u. B. ist der Umfang der umsatzsteuerpflichtigen Unternehmungen wesentlich erweitert und es unterliegen der obigen Umsatzsteuer nunmehr auch alle Vereine, welche eine dauernde oder zeitweilige Erwerbstätigkeit betreiben, insbesondere alle Sportvereine und Theatervereine, welche für ihre Veranstaltungen Eintrittsgelder einheben. Die betroffenen Vereine werden amtlich darauf aufmerksam gemacht, daß sie sich bei ihrer zuständigen Steuerbehörde 1. Instanz anzumelden haben, daß ferner auf diese Steuer schon bei der Feststellung des Eintrittsgeldes Rücksicht genommen werden muß, da auf allfällige spätere Einwendungen, daß ihnen die Bestimmungen des Gesetzes nicht bekannt waren, keine Rücksicht genommen werden wird.

Schmeral schmäht die deutsche Arbeiterschaft. Nach dem Decernat des „Pravo Lidu“ vom 3. November soll Schmeral auf dem Kommunistenkongreß von den deutschen Arbeitermassen behauptet haben, daß sie für den Kommunismus leicht zu gewinnen gewesen wären, wenn die Partei die Parole ausgegeben hätte: „Nicht einrücken“, weil in ihnen durch die Rückkehr Karls die verzweifelte Hoffnung entstanden sei, sich der nationalen Deklassierung wie die Deutschen sagen, zu entziehen. „Aber wir (nämlich die Kommunisten) mußten es uns überlegen, uns an die Spitze von Massen zu stellen, welche schon morgen das „Gott erhalte“ singen würden.“ Wenn Schmeral dies wirklich gesagt hat, so weist diese Rede darauf hin, daß er von dem Geiste, der in den deutschen Arbeitermassen lebt, keine Ahnung hat. Die deutsche Arbeiterschaft, die ihre revolutionäre Bestimmung auch zu der Zeit nicht verleugnet hat, als Schmeral zusammen mit den übrigen tschechischen „Revolutionären“ an Boroevic Glückwünschtelegramme gerichtet hat, muß Schmerals Anschuldigung zurückweisen.

Ruzena Capel.

Von J. J. David.
Und hätte das auch nur etwas geholfen? War es nicht das Müßige, man behielt die Verdächtigen bei sich, unter den eigenen Augen, und hoffte, die Schen vor Frau und Schwester werde stark genug sein, sie vor einem unverzeihlichen Unrecht zu schützen? So verdorben ist selten einer, um alles Vertrauen zu mißbrauchen, das ihm gewährt wird.
Immer heftiger und dennoch immer zweifelnder klammerte sie sich an das Einzige, was ihr noch blieb: an ihren Glauben an das Gute im Menschen.
Sehr gerne, zur Erleichterung ihrer Seele und weil es Dinge gibt, die man einem fremden Seelsorger eher gesteht, als dem vertrauten Beichtiger, hätte sie eine Wallfahrt unternommen. Aber sie traute sich nicht einmal nach dem heiligen Berg, als dürfe sie die Teresa nicht für einen Tag sich selber und dem Wojtech überlassen.
Erwog der Herrmann derlei? Machte er sich überhaupt Gedanken, die über das Allernächste hinausgingen? Er wußte nur eines: das Frauenszimmer machte ihn toll. Er konnte sich nicht satt sehen an der Teresa. Aus jeder ihrer Bewegungen floß für ihn ein unerschöpflicher Reiz.
Und überdies standen ihm als nahem Verwandten von Anbeginn gewisse Vertrauensleute zu, die sie erst litt, ohne sich was dabei zu denken, und denen sie sich nachher durchaus nicht entziehen konnte, so unangenehm und drückend sie ihr wurden.
Und sie war jung und lachte gern. Vor der Ruzena traute man sich das kaum mehr. Und er hatte Wit und eine sehr lustige Art, insgeheim seiner Frau nachzuspotten und ihrer steinernen Ernsthaftigkeit. „So macht sie, Teresa, und so guckt sie.“ So sehr sie die Schwester

liebte, sie hatte doch auch eine Schen vor ihr, und also machte es ihr Spaß, die ihr sonst immer Respektsperson und über ihr gewesen war, nun klein und komisch zu sehen.
Dies ist ein guter Kniff. Wer die letzte Achtung vor anderen verliert, der gibt sich leicht auch vor sich selber auf und ist hernach zu Dingen zu bewegen, zu denen er anders nicht leicht zu bringen gewesen wäre. Das ist nun einmal Menschenart. Und der Wojtech war darin über jedem Komödianten. Und so hatten die zwei immer zu sichern auf Kosten einer dritten, und ohne daß sie etwas dafür konnte, blieb's in der Kleinen haften, und die Schwester sank in ihren Augen.
Zankte sie einmal, dann fiel der Teresa gewiß ein Schwank zum Wojtech ein, und die rechte Wirkung war zum Teufel. Wer hieß sie auch immer und aus jedem Anlaß predigen? Das merkte die Ruzena natürlich, und sie wurde immer stutziger. Bestand da schon ein Komplott gegen sie?
Und überdies, der Wojtech schonte sich selbst nicht, machte sich nicht besser, als er war. Er erzählte von seinem Lumpenleben. Natürlich nur in Andeutungen, nur so weit, daß man nicht wußte, hatte er seinen letzten Streich vor wer weiß wie langem oder gestern getan, nur eben daß ihre Neugierde gereizt ward, daß sie alles desto verzehlicher und lustiger fand, weil es als selbstverständlich berichtet ward. Na, das war einmal so auf der Welt. Und wer einem jungen Gemüt Einblick in den Weltengang verheißt, der darf seiner Dankbarkeit sicher sein.
Dabei kam er im eigentlichen nicht einen Schritt weiter. Umsonst wandte er alle seine Künste und Lockungen an und suchte jeden Augenblick des Alleinseins zu nützen.
Geld vermochte bei ihr nichts, die dessen nicht bedurfte. Und sie war allerdings neu-

gierig, wie jedes Mädchen in diesem Alter; aber vorsichtig war sie auch.
Immer widerstand ihm die Teresa. Je heftiger er sie bedrängte, desto widerwärtiger ist er ihr geworden. Und so ganz mit der Sprache traute er sich vor ihr doch nicht heraus. Immer hoffte er auf eine Ueberrumpelung, in der er's ihr abgewann, und fühlte sich so langsam ebnarrt.
„Mer! auf, was dann herauskommt,“ drohte er einmal.
„Wann?“ machte sie sehr unschuldig.
„Tu nicht so heilig! Nun, dann, wenn du durchaus nicht anders wirst,“ und er schielte sie so lächelnd an, daß sie vor dem Bosnidel im Innersten erschrak und ihn dennoch sehr unbefangen ansah. Denn gewahrte er ihre Furcht, dann war es ganz und gar nicht mehr auszuhalten.
Ein Horn, der sich nicht zu helfen wußte, wuchs davon in ihm. Er wurde roh und gefährlich gegen sein Weib. Wo er sie nur irgend kränken konnte, dort hat er's immer und erfinderisch getan. Es gab kein Scheltwort — und der Dornal kann in einem Tag mehr schimpfen, als ein anderer anzuheben fähig ist! — das ihm für sie zu schlecht war.
Eine Truenerlei, die schon zu gar nichts taugte war sie bei ihm. Und es war ihm gleichgültig, ob Zeugen dabei waren oder nicht. Na, vor Fremden zeigte er's ihr am liebsten. Und weil sie zu Beginn nicht gleich darcin fuhr, auch mit dem Mundwort nicht so stinn war, wie er. So wuchs seine Frechheit und seine Geschässigkeit mit jeder Stunde.
Sie war überflüssig auf der Welt. Aber das hätte man verzeihen können, wäre sie, die zu gar nichts gut war, ihm nicht noch ein Gemüts gemese. Sie aus dem Wege, und es war ihm bei dem Mädel sicher gesüß, wie bei mancher, die auch sehr spröde, getan. So

aber — wie die rechte Mutter, die man nicht hintergeht, war die Ruzena immer zur Schwester gewesen.
Die Ruzena aber litt und schwieg. Und sie weinte immer noch nicht; mindestens gesehen hat es keiner. Aber in sich hatte sie das Gefühl und den festen Glauben, der zahlende Tag für alles müsse kommen, das ihr da einer antat, dem sie von der ersten Stunde an das Beste vermeint und bereitet.
Wären die beiden Schwestern zu einer herrlichen Aussprache gelangt, so wär es wohl das Beste gewesen. Man hätte sich, gleichviel, wie immer, des heillosen Gesellen entledigt, so sehr sich der Bauer sonst schent, die Gerichte anzurufen, wenn es nicht um einen der beliebten Händel mit dem Nachbarn geht.
Gerade dem stand aber so ziemlich alles im Wege. Denn offenbarte sie die Bedrängnisse, unter denen sie litt, so mußte die Teresa besorgen, einen Brand anzustiften, der erst recht unheilvoll ward. Aus's äußerste war der Wojtech in jeder Hinsicht gereizt; er haßte die Schwester; ein Augenblick genügte, um ein Unheil zuzubereiten, das nie und nimmer gut zu machen war.
So schwieg sie denn weiter, nachdem sie nicht von allem Anfang an den Ernst der Nachstellungen und der Schleichheit des Schwagers geglaubt. Bei einem Schwank aber, auch wenn er derb ist, zimpert man nicht und macht nicht viel Wesens.
Je mehr aber zu berichten gewesen wär, desto schwerer konnte sie anheben. Und sie hatte auch eine solche Schen vor der Ruzena und wünschte desto mehr, sich ihr anzunäheln, je besser sie erkannte, wie verworfen der andere war. Die aber war so sehr verschlossen und gönnte niemanden einen Blick in sich. Frei-

Samm. Das Festspiel der Prager Markthalle, in welcher sich die von der Prager Stadtgemeinde feierlich gestiftete Blaue Tafel befindet, wurde bereits einer durchgreifenden Renovierung unterzogen, da dort am Sonntag Vormittag eine Gedächtnisfeier der Prager Druckerei-Gewerkschaften abgehalten werden wird.

Die Entschädigung für Militärbequartierung und Verpflegung an die Gemeinden. Von den politischen Bezirksverwaltungen wird den Gemeinden auf Grund des Kriegseistungsgesetzes die Verpflegung und Bequartierung des zur Ueberwachung der Eisenbahnkörper herangezogenen Militärs aufgetragen. Die für diese Leistungen gebotene Vergütung (Kč 3.41 für Verpflegung und 16 h für Bequartierung pro Tag) ist aber derzeit gering, daß die betroffenen Gemeinden ein Vielfaches dieser Vergütung aufwenden müssen und dadurch sehr schwer belastet werden. Es ist dem Ministerium für nationale Verteidigung genügt nicht unbekannt in welcher trostloser Finanzlage sich die Gemeinden unter den heutigen Verhältnissen, nicht zuletzt infolge der Zurückhaltung der Gemeindeumlagen bei den Steuerämtern, befinden. Da seit einigen Tagen die Solowachen von den Eisenbahnen abgezogen und durch Militärpersonen ersetzt wurden, wäre es sehr am Platze, wenn sich das Ministerium für Landesverteidigung unverzüglich mit dieser Sache beschäftigte, umfomehr, als eigentlich die alte Verordnung vom 30. Juni 1916 R. G. Bl. Nr. 203 aufgehoben und die Verordnung vom 23. Jänner 1918 R. G. Bl. Nr. 23 an ihre Stelle trat. Diese letztere Verordnung sieht überhaupt Entschädigungsansprüche nicht mehr vor, sodas eigentlich die ganze Entschädigungsfrage ungeklärt erscheint. Bei dieser Gelegenheit muß wohl festgestellt werden, daß unter 10 Kč heute kaum ein Soldat durch einen Tag verpflegt werden kann, ebenso muß als geringster Quartierbeitrag 1 Kč pro Mann und Tag gefordert werden, wenn nicht die Gemeinden, denen ganz einfach unter Berufung auf das Kriegsdienstleistungsgesetz der Auftrag zur Verpflegung und Bequartierung der Mannschaft gegeben wurde, schwerer finanzieller Schaden zugefügt wird. Den betroffenen Gemeinden wäre zu empfehlen, von dem Ministerium einen entsprechenden Ersatz zu fordern; wie wir erfahren, hat auch bereits der Verband der deutschen Selbstverwaltungskörper eine Eingabe an das Ministerium für Landesverteidigung gemacht und beantragt, daß die verantwortlichen Faktoren zum Schutze der bedrohten Gemeinden eingreifen.

Die Verhaftungen in Preshburg. Vor einigen Tagen brachten wir die Nachricht, daß in Preshburg einige Personen aus politischen Gründen verhaftet wurden und daß sich unter diesen auch der Büchsenfabrikant Grünberg befindet. Die Nachricht stammt aus dem tschechoslowakischen Preshburg. Nun teilt uns Herr Grünberg, Büchsenfabrikant in Preshburg, mit, daß er mit dem verhafteten Rudolf Grünberg nicht identisch ist.

Opfer der Arbeitslosigkeit. Auf dem Denishof wurde Mittwoch um elf Uhr noch die unterstandene und arbeitslose Arbeiterin Elfrida Prochazka in bewußtlosem Zustand aufgefunden. Sie wurde ins allgemeine Krankenhaus überführt.

Vom Arbeiterauschub

zur Hilfeleistung für Rußland.

Gestern tagte in Prag der Arbeiterauschub zur Hilfeleistung für Rußland unter dem Vorsitz des Genossen Nemec. An den Beratungen nahm auch Minister Giska teil, um Aufklärungen über den Stand der staatlichen Hilfsaktion zu geben. Nach kurzer Debatte beschloß die Sitzung, die von der Arbeiterkammer in der tschechoslowakischen Republik gesammelten Gelder und Naturalien durch den Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam zur Verteilung gelangen zu lassen. Nach den Mitteilungen des Büros bleiben die gesandten Waren so lange Eigentum des Internationalen Gewerkschaftsbundes, bis sie unmittelbar an die Kollektenden in Rußland ausgeliefert werden. Die Verteilung geschieht durch Personen, die vom Internationalen Gewerkschaftsbund kontrolliert werden. Sie haben dieselben Rechte und Privilegien wie die im Dienste der Gesandtschaften stehenden Persönlichkeiten. Die russische Regierung hat dem Internationalen Gewerkschaftsbund bereits zugestanden, daß der Transport in Rußland unentgeltlich nach seinen Dispositionen erfolgen kann. Auch hat sie die Bereitwilligkeit ausgesprochen, alle sonstigen Behelfe für die Verteilung bereitzustellen. Nach den Vorschlägen des Internationalen Gewerkschaftsbundes sollen in der tschechoslowakischen Tschechien Waren für Hilfeleistungszwecke eingekauft werden. Es wurde daher das Präsidium und ein Vertreter der drei genossenschaftlichen Organisationen beauftragt, sofort eine Zusammenstellung der bei den Genossenschaften einzulaufernden Waren zu machen. Das Sekretariat des Internationalen Gewerkschaftsbundes wird eingeladen, an der nächsten Sitzung teilzunehmen, um über die Fragen des Transportes Aufschluß zu geben. Ferner wird mit dem hiesigen Eisenbahnministerium

Verhandlungen wegen des billigen Transportes bis an die Grenze geführt. Der nächsten Sitzung des Ausschusses werden auch die Beschlüsse der bei den Genossenschaften eingelangten Naturalspenden vorliegen. Das Sammelergebnis im Betrage von Kč 3, 217.428,51 ist noch nicht endgültig.

Parteigenossen und Genossinnen!

Der Parteivorstand der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik hat beschlossen, den

Parteitag

für Sonntag, den 11. Dezember d. J. einzuberufen. Der Parteitag wird in Teichan a. E. im Hotel „Stadt Prag“ am 11. Dezember und die folgenden Tage abgehalten werden.

Der Parteivorstand schlägt folgende Tagesordnung vor:

1. Konstituierung des Parteitages:
 - a) Wahl des Präsidiums;
 - b) Festsetzung der Geschäftsordnung und der Tagesordnung;
 - c) Wahl einer Mandatsprüfungs-Kommission und einer Vorschlags-Kommission für die Wahl des Parteivorstandes und der Parteikontrolle.
2. Berichte:
 - a) des Parteivorstandes; Berichterstatter Karl Cermak;
 - b) des Kassiers; Berichterstatter Dr. Karl Heller;
 - c) der Kontrolle; Berichterstatter Wilhelm Riehnner.
3. Die parlamentarische Tätigkeit, die politische Situation und unsere nächsten Aufgaben; Berichterstatter Dr. Ludwig Czech.
4. Der Kampf um die Sozialversicherung; Berichterstatter Siegfried Laub.
5. Sozialdemokratische Gemeindepolitik; Berichterstatter Adolf Reizner.
6. Die Sozialdemokratie und die Landwirtschaft; Berichterstatter Benzel Jalsch.
7. Der Wiederaufbau der Internationale; Berichterstatter Karl Cermak.
8. Wahl des Parteivorstandes und der Parteikontrolle.
9. Allgemeine Anträge.

Laut § 29 des Organisationsstatutes sind selbständige Anträge der Parteimitglieder zum Parteitag mindestens drei Wochen vor dem Parteitag dem Parteivorstand schriftlich zu übermitteln. Selbständige Anträge, die nach Ablauf obiger Frist oder erst auf dem Parteitag selbst gestellt werden, können nur zur Verhandlung gelangen, wenn der Parteitag dies über Verlangen der Antragsteller beschließt. Im anderen Falle sind sie dem Parteivorstande zur Berichterstattung und Antragstellung für den nächsten Parteitag zuzuwenden.

Wir ersuchen die Anmeldung der Delegierten an das sozialdemokratische Parteisekretariat, Tepliz-Schonau, Seilerstraße Nr. 1, vorzunehmen. An welche Adresse die Zuschriften wegen der Beschaffung von Wohnungen zu richten sind, wird rechtzeitig durch die Parteipresse bekanntgegeben werden.

Mit sozialdemokratischem Brudergruß
Die Einberufer:

Gusti Burod, Karl Cermak, Dr. Ludwig Czech, Theodor Haenberga, Dr. Karl Heller, Oswald Hillebrand, Hans Joff, Franz Köpfer, Karl Lorenz, Dr. Ludwig Morzenikern, Anna Perthen, Uffe Plafschel, Adolf Pohl.

Vorstandssitzung Des internationalen Gewerkschaftsbundes.

Samstag, den 22. und 23. Oktober trat in Genf der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes zusammen.

Er gab in seiner Gesamtheit seine Zustimmung zu den vom Büro in der Angelegenheit der russischen Hilfsaktion getroffenen Maßnahmen.

Zwischen einem der Sekretäre des Internationalen Gewerkschaftsbundes und dem Vertreter des Russischen Roten Kreuzes kam eine Vereinbarung zustande, welche die größte Gewähr bietet, daß alle von gewerkschaftlicher Seite ausgehenden Hilfeleistungen ausschließlich und in vollem Umfang den Kollektenden in Rußland zugute kommen wird.

Es wurde beschlossen, in Rußland selbst Kinderheime zu errichten, die vom Internationalen Gewerkschaftsbund geleitet und völlig unterhalten werden sollen. Zu diesem Zwecke wird der Internationale Gewerkschaftsbund in Petersburg ein spezielles Büro errichten, von dem aus die ganze Hilfsaktion für Rußland geleitet werden wird. Die Einrichtung des Büros sowie die Schaffung eines Heims für 1000 Kinder soll raschestens in Angriff genommen werden.

Weiter wurde beschlossen, ein vom Internationalen Gewerkschaftsbund angekauftes

Quantum von Medikamenten im Werte von mehr als 60.000 holl. Gulden der Internationalen Organisation des Roten Kreuzes zur Verfügung zu stellen.

Schließlich wurde beschlossen, einen neuen Aufruf an die Arbeiter aller Länder zu richten, die vom Internationalen Gewerkschaftsbund unternommene russische Hilfsaktion energisch zu unterstützen.

Zu ausführlicher Weise wurde sodann die Situation der Gewerkschaftsbewegung in den verschiedenen Ländern besprochen.

Die vom Internationalen Gewerkschaftsbund den Gewerkschaftsorganisationen verschiedener Länder gewährte Unterstützung fand gleichfalls die Zustimmung des Vorstandes. Auf Vorschlag des Büros wurde beschlossen, auch die dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen lettischen Gewerkschaftsorganisationen materiell zu unterstützen.

In ausführlicher Weise beschäftigte sich der Vorstand auch mit der amerikanischen Gewerkschaftsorganisation (American Federation of Labor) die sich bisher, obgleich sie seiner Zeit an den Beratungen des Internationalen Gewerkschaftskongresses in Amsterdam teilnahm, nicht dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossen hat. Die Vorstandsschaft billigte die vom Büro gegenüber der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung eingenommene Haltung, er erklärte sich jedoch bereit auch weiterhin zu trachten, die in Amerika infolge der unzureichenden Kenntnis der internationalen Gewerkschaftsbewegung Europas allenthalben vorherrschenden unrichtigen Auffassungen zu widerlegen und aus dem Wege zu räumen. Das Sekretariat wurde schließlich beauftragt, sich nochmals an die „American Federation of Labor“ zu wenden und zu versuchen, durch persönliche Einnahme mit dem Gesamtverband der amerikanischen Organisation den Weg zu ebnen, um den Anschluß der amerikanischen Arbeiter an den Internationalen Gewerkschaftsbund zu veranlassen.

Mit Bezug auf das von der „American Federation of Labor“ an die Landeszentralen von Frankreich, England und Italien gerichtete Schreiben, in dem diese ersucht wurden, bei ihren Regierungen darauf zu dringen, daß den zur sogenannten Abrüstungskonferenz in Washington delegierten offiziellen Regierungsvertretern auch Arbeiterdelegierte beigegeben werden, beschloß der Vorstand auf Vorschlag des Büros und der drei genannten Landeszentralen und in Uebereinstimmung mit ihnen dieser Einladung nicht Folge zu leisten.

Der Vorstand gab einstimmig seine Meinung dahin zu erkennen, daß die dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Landeszentralen nur an solchen internationalen Konferenzen teilnehmen können, die wirklich allgemein und international sind. Der Vorstand gab zu dem einstimmig der Meinung Ausdruck, daß das Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes die einzige Instanz ist, die berechtigt ist, allgemeine internationale Konferenzen einzurufen und die angeschlossenen Landeszentralen ausschließlich Einladungen, die vom Internationalen Gewerkschaftsbund ausgehen, Folge leisten können.

Das Büro berichtet sodann über seine Vorbereitungsarbeiten für die zum 15. November in Amsterdam einberufene Internationale Konferenz des Büros der Gewerkschaftsinternationalen mit den Vertretern der Internationalen Berufssekretariate der Transportarbeiter, Metallarbeiter und Bergleute zwecks gemeinsamer Beratung der Abrüstungsfrage.

Die vom Büro getroffenen Maßnahmen fanden einstimmige Billigung. Auf dem nächstfolgenden Internationalen Gewerkschaftskongress werden definitive Beschlüsse gefaßt werden.

Der Kongress wird laut Beschluß der Vorstandssitzung am 20. April 1922 und folgenden Tagen in Rom stattfinden. Diesen Beratungen wird sich ein besonderer internationaler Kongress von Vertretern aller auf dem Boden des Internationalen Gewerkschaftsbundes stehenden Internationalen Berufssekretariate anschließen.

Des weiteren entsann sich noch eine ausführliche Diskussion über die zunehmende Verfolgung der Arbeiterbewegung. In diesem Zusammenhang wurden verschiedene Beschlüsse gefaßt.

Aus Anlaß der Verurteilung der Arbeiter Sacco und Vanzetti in Nordamerika wurde an die „American Federation of Labor“ ein Telegramm geschickt, in dem diese ersucht wird, alles in Bewegung zu setzen, um das Leben der beiden Arbeiter zu retten.

Zum Schluß setzte der Vorstand nach vorangegangener Diskussion die Richtlinien für die Delegationsmissionen der verschiedenen Länder fest, die an der am 25. November in Genf stattfindenden Dritten Internationalen Arbeitskonferenz teilnehmen werden.

Ausland.

Annäherung zwischen Bolschewiken und Menschewiken? Berlin, 3. November. Die das in Berlin erscheinende liberale russische Blatt „Rud“ aus Reval berichtet, kann das Zustandekommen einer Koalition zwischen den Bolschewiken und Menschewiken, welchen sich auch die sozialistisch-jüdische Organisation der „Bund“ anschließt, als gesichert angesehen werden. Allerdings der Koalition bleiben noch die Sozialrevolutionäre von Moskau die in

Verden Mitglieder für die Koalition sind, während die Auswärtigen noch immer an den nahen Sturz der Bolschewiken glauben und den Eintritt in die Koalition ablehnen.

Haag, 2. November. (Tsch. P.) Die Eröffnung des Internationalen Gerichtshofes wird Ende Jänner erwartet. Der Gerichtshof wird seine erste Sitzung im Friedenspalast abhalten.

Aufhebung des Bismarzwanges — in der Schweiz.

Bern, 2. November. (Schweizerische Depeschagentur.) Die schweizerischen Botschaften in Belgien, England, Holland, Schweden, Norwegen, Dänemark werden beauftragt, diesen Staaten den Abschluß von Abkommen für das gegenseitige Falllassen des Bismarzwanges vom 1. Dezember ab vorzuschlagen. Der Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika wird von der schweizerischen Botschaft mitgeteilt werden, daß das Bismarzwang für die nordamerikanischen Staatsangehörigen vom 1. Dezember ab aufgehoben wird. Sie wird eingeladen, den Schweizern Legationsrechte zu gewähren. Auf das Erfordernis des Passes kann heute noch nicht verzichtet werden.

Die Kapitalisten wittern in Rußland Morgenluft.

London, 2. November. Die britische Regierung hat gestern abends eine lange Antwort auf die Sowjetnote, in der sich die Bolschewiken bereit erklären, die Vorkriegsschulden Rußlands anzuerkennen, nach Moskau geschickt. Die britische Note ersucht um Klärung zahlreicher Punkte. Die Sowjetnote nehme z. B. Bezug auf die zaristischen Schulden, an denen Frankreich außerordentlich interessiert sei, erwähne jedoch nicht die riesigen Forderungen aus städtischen Anleihen, an denen das englische Kapital in sehr hohem Maße beteiligt sei.

Irland zu Verhandlungen bereit.

London, 3. Nov. (Tsch. P.) Der Premierminister von Ulster Craig hat die Einladung des Kabinettes, über die irische Frage zu verhandeln, angenommen. Er wird Samstag in London erwartet.

Verhandlungen über die preussische Kabinettsbildung.

Berlin, 3. November. (Tsch. P.) Die Fraktionen des preussischen Landtages berieten heute über die preussische Kabinettsbildung. Die Sozialdemokraten stehen auf dem Standpunkte, daß eine Koalition mit der deutschen Volkspartei nicht in Frage kommen kann. Dagegen sind sie für die sogenannte alte Koalition aus Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten, die eventuell später durch Eintritt der deutschen Volkspartei, der zwei Siege im Kabinette vorbehalten werden sollen, vorbereitet werden könnte. Die Demokraten sind bereit, sowohl an einer kleinen wie an einer großen Koalition teilzunehmen. Das Zentrum dagegen wünscht die sofortige Bildung der großen Koalition. Auch die deutsche Volkspartei spricht sich für die Koalition auf breiter Grundlage aus.

Die zweite Internationale für die Einigung Des Proletariats

Berlin, 3. November. Wie die Blätter berichten tagt am 23. und 24. November in Brüssel das Exekutivkomitee der Zweiten Internationale, um die Frage der Herstellung einer einheitlichen Internationale, der Sozialisten aller Länder zu beraten. Als deutsche Delegierte werden Hermann Müller und Otto Wels erscheinen.

Die russische Hungersnot.

Moskau, 3. November. (Runk.) Das russische rote Kreuz hat seine Sammlungen im Auslande begonnen. Aus Deutschland kommen Medikamente, aus der Schweiz Schokolade und Kinderwäsche, aus Nordamerika Mehl, Kondenzmilch sowie Kleider. Großen Erfolg hat die Hilfsaktion in Kanada.

Albanien und Jugoslawien.

Graz, 2. November. Die „Grazer Tagespost“ meldet aus Belgrad: Unter dem Vorsitz des Königs fand heute ein Ministerrat statt, in dem Ministerpräsident Pasic ausführlich über die albanische Frage und seine diesbezügliche Intervention in Paris referierte. Der Ministerrat beschloß neuerdings eine Note nach Paris zu senden, in der der Standpunkt der jugoslawischen Regierung in der albanischen Frage klargelegt wird. Die jugoslawische Regierung beharrt entschieden auf dem Standpunkte, daß die Abgrenzung zwischen Jugoslawien und Albanien im Sinne der jugoslawischen Forderung möglich war.

Graz, 2. November. Die „Grazer Tagespost“ meldet aus Belgrad: Der König empfing den Kriegsminister sowie den Generalstabschef, die über die militärischen Maßnahmen Bericht er-

Belgrad, 7. November. (Tsch. P. B.) Nachrichten aus Mesib zufolge haben unsere Truppen in Albanien jene Linie besetzt, deren Befestigung notwendig war, um die jugoslawische Grenze vor den Angriffen durch die Albaner zu sichern. Die Linie wurde ohne größere Opfer besetzt. Auf dem Kampfsplatz herrscht vollkommene Ruhe.

Verhärfung der Lage in Albanien.

Rom, 3. November. (Funkt.) Die Lage in Albanien hat sich durch den Einmarsch griechischer Truppen an der Südgrenze noch mehr verhärfert.

Genossen! Werbet für Euer Zentralorgan!

Kleine Chronik.

Für eine halbe Million Radium geflohen. München, 2. November. (Wolff.) Im Vororte Schwabing wurde am Mittwoch von zwei noch unermittelten Männern Radium im Werte von über einer halben Million Mark gestohlen.

Großer Waldbrand in Oberstollen. Rom, 3. November. (Funkt.) Im Tale Corvole bei Belano ist ein bedeutender Waldbrand ausgebrochen. Es sind bereits mehrere Opfer an Menschenleben zu beklagen. Der Schaden beträgt Millionen.

Ein Uebergriff. Prag, 3. November. (Tsch. P. B.) Gestern wurde durch die Behörden der tschech. Republik in Preßburg die auswärtige Kurierpost der ungarischen Delegation beschlagnahmt. Die Regierung hat sofort Vorkehrungen getroffen, daß ähnliche Fälle sich nicht mehr ereignen und versichert die ungarische Regierung, daß dieser Uebergriff sofort gutgemacht werde.

Letzte Nachrichten.

Wieder zehn Wehrmänner verunglückt.

Wien, 3. November. (Telegramm des „Sozialdemokrat“.) Auf der Straße Edlitz-Krummloch ist heute um fünf Uhr nachmittags ein Kraftwagen einer Verbindungspolizei der Sicherungsstruppen auf einer Strophenbahnung in den Edlitzbach abgestürzt. Vier Wehrmänner wurden getötet, sechs verwundet, darunter zwei schwer.

Die gefränkten ungarischen Legitimisten.

Budapest, 3. November. (Tsch. P. B.) Während einer Beratungspause der heutigen Sitzung der Nationalversammlung hielten die legitimistischen Parteien eine Konferenz ab, an der die christlich-nationale Partei, die Friedrichspartei, die Demokraten und mehrere parteilose teilnahmen. Es wurde beschlossen, daß in der morgigen Sitzung im Namen der Legitimisten eine Deklaration verlesen und der legitimistische Standpunkt festgelegt werden soll. Darnach soll Margarethe Schlachta sprechen, worauf die Legitimisten den Sitzungssaal verlassen werden.

Zur selben Zeit hielt auch die Partei der kleinen Landwirte eine Beratung ab, in der beschlossen wurde, daß sich seitens der Landwirtschaftspartei der Abg. Senzer im Laufe der morgigen Sitzung gegen die fremde Einmischung verwahren soll, unter Hinweis darauf, daß die Abschaffung der pragmatischen Sanktion ohne die im Programme der kleinen Landwirte enthalten sei.

Die Banditenfreunde berufen sich auf das Selbstbestimmungsrecht.

Budapest, 3. November. (M. A. B.) In der heutigen Stadtratssitzung besprach der Bürgermeister der Hauptstadt die Enthronung des Hauses Habsburg und betonte, daß bezüglich der Thronfolge verschiedene Ansichten vertreten werden können, daß jedoch alle Bürger des Landes darin übereinstimmen werden, daß der fremde Druck eine schwere Verletzung des Friedensvertrages, des Selbstbestimmungsrechtes und der tausendjährigen Freiheit der Verfassung Ungarns darstelle und daß daher auch die Hauptstadt dagegen Verwahrung einlegen müsse. Die Sitzung wurde hierauf zum Zeichen des Protestes geschlossen.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Die Familienversicherung für die Angehörigen der Eingerückten. Nach § 8 der Regierungsverordnung vom 26. Oktober 1921 bewirkt die Aufrechterhaltung des Dienstverhältnisses für die Dauer der militärischen Dienstleistung während der gegenwärtigen Mobilisierung nicht die Fortdauer der Krankenversicherungspflicht. Da die Versicherung der Familienmitglieder nun abhängig ist von dem Bestande der Versicherung des Familienoberhauptes, so erlischt mit der Versicherung des letzteren auch die Familienversicherung. Dies würde nun eine große Härte bedeuten. Die Beseitigung dieses sozialen Uebelstandes soll nun ein Gesetz bewirken, dessen Entwurf die Abgeordneten Taub und Dr. Haas eingebracht haben. Im § 1 des Entwurfes wird gesagt, daß die Krankenversicherungspflicht der auf Grund der Mobilisierung zur militärischen Dienstleistung einberufenen Versicherten für ihre Person zwar mit dem Tage der Einrückung aufhört, daß hingegen die Versicherung ihrer Familienmitglieder bis zum Ablauf des achten Tages nach Beendigung der militärischen Dienstleistung aufrecht bleibt. Das die Kosten der Aufrechterhaltung der Familienversicherung betrifft, so trägt die damit verbundenen Lasten der Arbeitgeber, der einen Beitrag in der Höhe von 1,5% des durchschnittlichen täglichen Arbeitsverdienstes des Versicherten im Zeitpunkt seiner Einrückung, allein weiterzuführen hat. Den Verordnungen, die zur militärischen Dienstleistung einberufen wurden, stehen gleich diejenigen, die nach dem Kriegsdienstleistungsgesetz herangezogen werden sowie die in Angehörigen der armeren Personen des Zivilstandes, deren Angehörige gleichfalls den Wohltaten der Familienversicherung nicht verlustig gehen sollen. — Wir hoffen, daß das Abgeordnetenhaus und der Senat diesen für die Angehörigen der Arbeiterschaft so wichtigen Entwurf zum Gesetz erheben werden.

Beratung über die Errichtung der Konsumentenkammern. Heute fand im Ministerium für Volksverpflegung unter Anwesenheit des Verbandes der tschechoslowakischen Gewerkschaftskommission und des Reichenberger Gewerkschaftsbundes (vom Genossenschaftsverband war Abgeordneter Diehl und vom Gewerkschaftsbund Abgeordneter Schäfer) eine Beratung über die Errichtung der Konsumentenkammern statt. Nach einer längeren Klarlegung der Angelegenheit kam es zu einer gemeinsamen Erklärung über die Notwendigkeit der Konsumentenkammern, die von allen Anwesenden einhellig vertreten wurde. Insofern zeigten sich Meinungsverschiedenheiten, als ein Teil die Ansicht vertrat, die Konsumentenkammern müßten vollständig selbständige Körperschaften sein, während der andere die Sektionierung bei den Handelshandlungen anstrebt. Weitere Verhandlungen...

gen, wie in dieser Frage erfolgen, werden die Angelegenheit in nächster Zeit zu Ende führen. Generalstreik in Berlin? Berlin, 3. Nov. (Tsch. P. B.) Die Lage im Kellnerstreik wird immer schärfer. In der gestrigen Plenarsitzung der Berliner Gewerkschaftskommission wurde eine Resolution angenommen, wonach die Plenarversammlung fest entschlossen ist, den Generalstreik in Berlin zur Anwendung zu bringen, wenn der Konflikt im Berliner Gastwirtsgebet in drei Tagen nicht beigelegt sein wird.

Sowjetrußlands Ernte bessert sich. Moskau, 3. November. (Funkt.) Die günstigen Folgen der Einführung der Naturalsteuer und des Freihandels machen sich bereits bemerkbar. Die angebaute Fläche ist in verschiedenen Gouvernements nicht nur größer als im Vorjahre, sondern übertrifft manchmal sogar die angebaute Fläche des Jahres 1914. Die Einbringung der Naturalsteuer geht in zufriedenstellender Weise vor sich.

Die Geschäfte der Volkshilfe mit den Kapitalisten. Moskau, 3. November. (Funkt.) Die Absichten des Bezirkes Masojew im Ural wurden einem amerikanischen Konsortium auf die Dauer von 20 Jahren verpachtet.

Der Wert der Krone. Es kosten: 100 holländ. Gulden 3183, 100 Mark 523, 100 schweiz. Franken 1898, 100 Lire 405, 100 franz. Franken 7463, 1 Pfund Sterling 402, 1 Dollar 103, 100 belg. Franken 7313, 100 Peso 1823, 100 Dinar 123, 100 belg. 633, 100 österr. Kronen 2,50, 100 poln. Mark 4,60, 100 ung. Kronen 12,90 tsch. Kronen.

Bücherausstellungen.

Gute Bücher sind Kulturgut. An diesem Kulturgut haben die Arbeiter noch sehr wenig Anteil. Das ist nicht allein Schuld der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung, sondern auch die der Arbeiter selbst. Wo sind die Räume für diese Bücher? Wo sind die Räume für diese Bücher? Wo die Bibliothekare? Was haben die Organisationen auf diesem Gebiete geleistet?

Nehmen wir in einem Orte die Zahl der organisierten Arbeiter und stellen sie in das Verhältnis zu der Zahl der vorhandenen Bücher, so erweist sich ein armes Verhältnis, das jeden Genossen, dem die Aufklärungsarbeit kein Schlagwort sein will, tief beschämen muß. Wir müssen überall für gute Büchereien, für geeignete Räumlichkeiten und Bibliothekare, ja sogar für gut geschulte Bibliothekare Sorge tragen. Hier bietet sich allen Bildungsausschüssen ein großes Aufgabenfeld.

Um den Arbeitern aber nicht bloß vom guten Buche zu erzählen, müssen wir alles tun, um das gute Buch den Massen erreichbar näher zu bringen. In allen Orten soll es möglich gemacht werden, den Arbeitern eine Auswahl guter Bücher vorzulegen. Geeignete Genossen und Genossinnen müssen bei diesen Bücherausstellungen die Bücher ausbilden verstehen. Die Bücherausstellungen können unter verschiedenen Namen, mit verschiedenen Abteilungen veranstaltet werden. Zum Beispiel: Ausstellungen oder Abteilungen mit den Aufschriften und der Bücherwahl: „Für das Arbeiterkind“, „Für unsere Frauen“, „Für unsere Jugend“, „Für unsere Vertrauensleute“. Die Ausstellungsräume sollen womöglich keine Gasthäuser sein. Wo Zentralbibliotheken mit eigenen Räumen bestehen, sollen die Ausstellungen dort stattfinden. In manchen Orten läßt sich ein Laden auf eigene Tage mieten oder man kann ein Schulzimmer für die Unterbringung der Ausstellung bekommen.

Allen Organisationen im Orte muß die Ausstellungszeit bellanngemacht werden. Große Plakatausschriften sollen verkünden, wo sich die Ausstellung befindet.

Die Beschaffung der Bücher ist heute sehr leicht. Die Partei besitzt ihre eigenen Buchhandlungen, jedes Bezirkssekretariat seine Schriftenabteilungen, sobald sofort alle Bestellungen berücksichtigt werden können.

Diese Bücherausstellungen sollen mit der Kolportage von guten Büchern verbunden werden. Nach der Bücherausstellung gehen die Buchkolportage (Funktionäre, die dringend benötigt werden), in die Stuben der Arbeiter, um noch an jene Leute Bücher zu verkaufen, die keine Gelegenheit hatten, die Ausstellung zu besuchen, die Buchausstellungen sollen vor Weibern ausgemacht werden, damit für die Arbeiterkinder gute Kinderbücher ausgestellt werden können.

Die Buchausstellungen zu organisieren, ist die nächste und wichtigste Aufgabe der Bezirksbildungsausschüsse. An die Arbeit, Bildungsfunktionäre!

Aus der Partei.

Zentralorganisation Prag VII. Freitag Abend Versammlung im Lokale „U Akademie“. Vortrag des Genossen Weber: Einführung in die Nationalökonomie (erster Teil).

Bezirksorganisation Postelberg. Sonntag, den 6. November, um 9 Uhr vormittags findet im Gasthaus „Zum schwarzen Bären“ in Postelberg eine Bezirksgewerkschafts- und Lokalkomiteemännerkonferenz mit folgender Tagesordnung statt: 1. Bericht, 2. Neuwahlen, 3. Die Aufgabe des Gewerkschaftslokals, 4. Die Aktion für unsere Presse, 5. Freie Anträge. Jede Gruppe hat mindestens drei Delegierte zu entsenden.

Kunst und Wissen.

Neues deutsches Theater. Heute Freitag: „Faubert“. Samstag, 5. November: Gostspiel „Lob“, „Vollenblut“. Sonntag, 6. November, zwei Uhr nachm. Arbeitervorstellung: „Reinholdbauer“ (Willy Haller als Gast), abends 8 Uhr: „Tristan“, Gostspiel Lander. Arbeitervorstellung. Sonntag nachm. Angenarbers „Reinholdbauer“ mit Willi Thaler in der Titelrolle. Karten zu 3-15 Kronen. Logen 25-65 Kr. bei Epifer Deutsch, Graben Nr. 25.

„Urania.“

Heute, 6. Uhr, Vdh. Institut, Doz. F. R. Dr. (Lehrer) Vortrag mit Experimenten „Anwendung der Elektrizität in der Medizin“ (Röntgenstrahlen, Radium, Röntgenstrahlung usw.). Einzelkarte 4 Kronen.

Heute 6 Uhr, kleiner Uraniasaal: „Griechische Dichter und Denker“, zehnstünd. Zyklus. Erster Vortrag, Sokrat R. 3. „Somer und Desob.“ Dieser Zyklus wird für jeden Freund klassischer Bildung vom größten Interesse sein. Inskripte 10 Kr., Stud. 5 Kr., Einzelkarte 3 Kronen.

Puppentheater. Leitung Dr. M. und Trude Adler. „Kasperl als Prinz“, Sonntag, 3 und 5 Uhr. Karten: Kinder 2 Kr., Erwachsene 3 Kr.

„Schöne Gedichte.“ Sonntag, den 6., 8 Uhr. Viktor Geldern vom Deutschen Theater, dessen erstes Prager Auftritten als Vortragender bei der Dante-Fest den größten Erfolg fand. Spricht: Goethe, Morike, Verlaine, Rilke, Beardsley u. a. Karten Urania-Kongel.

Veranstalter:

Dr. Ludwig Czach und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Aktiengesellschaft „Tribuna“, Prag.



PALMA



Der unverwüftliche Kautschuk-Schuhabsatz



BIO LIDO HASS. Das Lebensschicksal eines verirrteten kleinen Vaganten in 6 Teilen nach dem berühmten Roman von Emil Bronte. Nächste Woche Premiere des Films A-B: DUELL MIT GOTT.

SVETOZOR Schluss-Epoche! Pariser Mäd!: Nach dem Gewitter. Der beste Teil des ganzen Films!

ECHTER NUSSLIKÖR! MAGENOL. PABRIK PRINSTER LINDOR. WILHELM LÖW, BRÜNN

18 Théâtre Variété 18 Prag-Karlín. Gänzlich neues Riesenprogramm! Grösster Erfolg in der Saison. 5 Seelöwen Kapitän Nansens. 12 neue Attraktionen 12

Reserviert für: MERL & WEISS FACHMANN. BURO-EINRICHTUNGEN PRAG, NARODNI 23a. 141

Büro- und Geschäfts-Einrichtungen amerik. Roll-Flachpulte, Registraturen, Kassen-Regale, Verkaufspulte, Gasthausmöbel etc. offeriert den p. l. Gewerkschaften und Genossen, schaften zu Vorzugspreisen 127 N. Kominik, Prag II., Telefon 854-7111.

10 Kc auf Raten liefern wir Violinen, Mandollinen, Gitarren, Gramophone, Platten und alle anderen Musikinstrumente, sowie auch deren Zubehör, wie Saiten usw. Gramophone-Import-140 Compagni Brünn, Frailitzplatz 9. Preisliste bei Anfrage des gewünschten Musikinstr. gratis.

Inserieren bringt Erfolg!

Anglo-Oesterreichische Bank. Infolge Beschlusses der heute abgehaltenen 57. ordentl. Generalversammlung wird der Dividendenkupon pro 1920, d. l. der Kupon Nr. 27 bez. Aktien Nr. 1-833.934 mit vierundzwanzig d.-ö. Kronen vom 2. November d. J. ab an der Kassa der Anglo-Oesterreichischen Bank in Wien (Zentrale und Wechselstuben), sowie für deren Rechnung bei den Kassen ihrer Filialen und Exposituren in Aullig, Bodenbach, Bregenz, Brud a. d. Mur, Brünn, Brüx, Budapest, Czernowitz, Eger, Hallenau, Gora a. Kamp, Gmünd, Graz, Hainburg, Horn, Innsbruck, Raaden, Rorbis, Karlsbad, Königgrätz, Komotau, Korneuburg, Ruffstein, Saa a. d. Thaya, Leitmeritz, Linz, Lobositz, Lustenau, Marburg, Mariazell, Marienbad, Mürzzuschlag, Nagymaros, (Großwardein, Oradea mare), Olmütz, Pardubitz, Pilsen, Prag, Prohnik, Reg. Saaz, Schwetitz, Steyr, St. Pölten, Suczawa-Iskany, Teplitz, Tetschen, Trautenau, Triest, Wilsch, Weipert, Weis und Znaim eingelöst. Wien, am 31. Oktober 1921. Anglo-Oesterreichische Bank.

Genossen! Leset und verbreitet euer Zentralorgan.